

# Arbeitsagentur rät: Traumjob Leiharbeit



Jede Menge Vermittlungsvorschläge, fast alles Leiharbeit. Die Arbeitsagentur kümmert sich. Vor allem um eine gute Statistik. Foto: Aigner

## Eine gute Statistik statt seriöser Jobangebote: So scheint das Motto der Arbeitsagentur Regensburg zu lauten

Am Ende scheint die Sache doch noch gut ausgegangen zu sein. Seit ein paar Wochen hat Peter Kick wieder eine Arbeit. Und dass der 21-jährige sich dabei nicht auf die Agentur für Arbeit verlassen hat, war vermutlich die beste Entscheidung, die er in den knapp drei Monaten, während der er arbeitslos war, getroffen hat.

Den Namen des jungen Mannes haben wir geändert und erwähnen auch die Unternehmung auf seine Bitte hin nicht namentlich. Er hat Angst, dass sich der Bericht ansonsten negativ auf seine berufliche Zukunft auswirken könnte.

Doch von Anfang an.

Kick ist Industriemechaniker. In einem großen Regensburger Betrieb hat er seine Ausbildung gemacht und im Dezember mit Bestnoten und sehr guten Beurteilungen abgeschlossen. Übernommen wurde er dennoch nicht. Eine Begründung blieb das Unternehmen schuldig. Das sei „schon hart“ gewesen, erzählt er. Ganz abgesehen von der unsicheren Zukunft wird man nach knapp vierjähriger Ausbildung auch ein Stück weit aus dem persönlichen Umfeld herausgerissen. Man kennt die Kollegen, ist mit dem einen oder anderen befreundet. „Das ist dann erst mal weg.“

Doch Kick ist Facharbeiter. In einer Region wie Regensburg mit viel produzierendem Gewerbe sind Industriemechaniker gesucht. Und so bekam er von der Agentur für Arbeit denn auch recht schnell einige Vermittlungsvorschläge auf

den Tisch. Zwischen Mitte Dezember und Anfang Februar kamen insgesamt 48 Jobangebote. Zwei bei kleinen Betrieben im Landkreis mit Löhnen weit unter Tarif.

**„Ganz normal“:  
48 Vorschläge,  
46 Mal Leiharbeit**

Der Rest, 46, bei Leiharbeitsunternehmen. Das bedeutet vor allem zweierlei: weniger Geld und eine unsichere Beschäftigungssituation. „Ich war echt baff und deprimiert“, sagt Kick. Etwa 60 Prozent der Stellen, die bei der Arbeitsagentur Regensburg im Jahr 2012 gemeldet waren, stammen von Leiharbeitsunternehmen, erklärt man dort auf Nachfrage. Der Löwenanteil davon liegt im produzierenden Gewerbe, der Me-

tall- und Elektroindustrie. Genaue Zahlen haben wir bislang nicht erhalten. Insgesamt mache Leiharbeit in Regensburg knapp sieben Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus. Das sei weit weniger als man angesichts der medialen Berichterstattung annehmen könne, erklärt die Arbeitsagentur fast ein wenig stolz. Doch, wenn dem so ist: Weshalb sind dann annähernd 100 Prozent der Vermittlungsangebote für einen 21-jährigen Facharbeiter Leiharbeit?

Das sei saisonal bedingt und auch ganz normal, erklärt ein Sprecher der Arbeitsagentur. „Gerade jetzt akquirieren diese Unternehmen den Löwenanteil ihrer Arbeiter für das Frühjahr.“ Und ein Facharbeiter ist leicht vermittelbar. Mit ihm kann ein Leiharbeitsunternehmen gutes Geld verdienen.

Wie viel Geld hingegen Kick verdient und zu welchen Bedingungen bleibt auf Basis der Vermittlungsvorschläge der Arbeitsagentur häufig unklar. Das Einstiegsgehalt eines Facharbeiters mit der Ausbildung von Peter Kick liegt – laut aktuellem Tarif der Metall- und Elektroindustrie – bei 19,18 Euro brutto die Stunde, wie uns IG Metall-Sekretär Oliver Berner bestätigt. Die Arbeitszeiten sind klar geregelt. Ebenso die Zuschläge für Nacht- und Schichtarbeit, Urlaub etc.. Läuft die Beschäftigung über eine Leiharbeitsfirma kann Stundenlohn fast um die Hälfte weniger sein. Der aktuelle Tarif in der Leiharbeitsbranche liegt für einen Facharbeiter bei 10,22 Euro. Handelt es sich um einen Industriebetrieb kommen dazu – je nach Beschäftigungsdauer – noch Zuschläge zwischen 15 (Einstieg) und 50 Prozent (nach neun Monaten). Maximal sind dann immerhin gut 15 Euro Stundenlohn drin.

*Lesen Sie weiter auf Seite 2*

## Genau der Richtige!

Ausgerechnet Müller? Der ehemalige Bischof von Regensburg ist bekanntermaßen als Chef der Glaubenskongregation gen Rom gezogen. Am Freitagmorgen hat Papst Franziskus Herrn Müller nun seine erste Audienz gewährt und ihn aufgefordert, „mit Entschiedenheit“ gegen sexuellen Missbrauch zu handeln. Müller damit zu beauftragen, ist eine gute Entscheidung.

Es war Müller, der gesagt hat, dass es „keinen Missbrauchs-komplex“ gebe, sondern nur „über Jahrzehnte verteilte Einzelfälle“. Es war Müller, der selbst gegen die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz verstoßen und einen Pädophilen in Riekofen erneut als Priester eingesetzt hat. Es war Müller, der „mit Entschiedenheit“ gegen sexuellen Missbrauch in seinem Bistum vorging, zumindest gegen die Be-



richterstattung darüber – mit Klagen, Nazi-Vergleichen und Rufmord. Es war Müllers Sprecher, der sich nicht scheute, Opfer via Presseerklärung der Lüge zu bezichtigen und ihnen sogar mit Klagen zu drohen. Es war Müller, unter dessen Ägide Opfer vertröstet, gedemütigt und derart traumatisiert wurden, dass sie im Krankenhaus landeten.

Dieser Erzbischof Müller steht per Dekret des Papstes nun an der Spitze des Kampfes der katholischen Kirche gegen sexuellen Missbrauch, pardon: gegen den Missbrauchsskandal. Dieser Mann, Müller, - dessen Ex-Bistum einen Ruf genießt, der für Lügen und Leugnen steht, für Herz- und Empathielosigkeit, für eine undurchdringliche Mauer des Schweigens – ist genau der Richtige für diesen Job. Er wird ein gutes Ergebnis erreichen.

Für die Kirche natürlich, nicht für die Opfer. Aber um die ging es sowieso noch nie.

*Stefan Aigner,  
05.04.13*

### Fortsetzung von Seite 1

Doch wie gut waren die Angebote, die Kick nun von der Arbeitsagentur offeriert wurden? Auf Basis der Vermittlungsvorschläge ist das oft nur schwer zu sagen. Mal Zwei-, mal Drei-Schichtbetrieb. Mal Wochenendarbeit. Mal 35-, mal 40-Stunden-Woche. Mal wird ein eigener Pkw gefordert, mal sollte er auswärts „auf Montage“. Viele der Stellen sind befristet, oft nur auf wenige Monate.

Nur etwa die Hälfte der Stellenbeschreibungen beziehen sich explizit auf einen Industriemechaniker. Häufig geht es um ähnlich gelagerte Facharbeiterberufe. Manchmal gibt es aber auch gar keine Beschreibung oder es sind Berufsbezeichnungen wie „Montagemitarbeiter“, die schlechtestenfalls dazu führen können, dass Kick sich auf dem Posten eines besseren Hilfsarbeiters wiederfindet.

„Da war einiges dabei, was ich nicht wirklich gelernt habe oder Jobs, für die ich einfach überqualifiziert bin“, sagt Kick.

Entsprechend unterschiedliche Angaben gibt es denn auch zum Gehalt: Zwar wird in der Mehrzahl der Tarif der Leiharbeitsbranche genannt. Immer wieder heißt es aber auch: „Gehalt nach Vereinbarung“, „attraktive Entlohnung“ oder es gibt dazu gar keine Anga-

ben. 22 Leiharbeitsfirmen sind es, bei denen sich Kick nach Vorstellungen der Arbeitsagentur bewerben sollte. Das ist nicht wirklich viel. Insgesamt gibt es allein in Regensburg etwa 250 solche Unternehmen – unterschiedlichster Größe und Seriosität. „Da hat ein paar Jahre regelrechte Goldgräberstimmung geherrscht“, so Gewerkschaftssekretär Berner. Während es bei den größeren Firmen in diesem Bereich in aller Regel eigene Betriebsräte gibt und sie sich auch an die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen halten, gibt es auch solche, die sowohl bei den Gewerkschaften wie auch bei den Arbeitsgerichten keine Unbekannten sind: Dumpinglöhne, zu hohe Arbeitszeiten, unklare Schichtregelungen – Gewerkschaftssekretär Berner spricht in Zusammenhang mit mehreren Firmen, die sich unter Kicks Vermittlungsvorschlägen finden von Betrugsversuchen. Dagegen könne man sich zwar gerichtlich wehren. „Aber nicht jeder kennt seine Rechte.“

Anfang Januar wurden Teile eines Diskussionspapier des Bundesvorstands der Arbeitsagentur öffentlich. Darin wird unter anderem kritisiert, dass viele Menschen von den Arbeitsvermittlern regelrecht in Leiharbeit gedrängt würden, um so ihre Vermittlungsquoten zu verbessern. Zehn Agentu-

ren seien darunter, die ihre „Vermittlungserfolge“ zu 60 und 69 Prozent über die Leiharbeit erzielen.

Wie diese Zahlen für Regensburg aussehen, kann oder will man uns bei der hiesigen Arbeitsagentur nicht sagen. „Diese Informationen stammen aus einem Datenpool, der nicht zu Zwecken der Veröffentlichung bestimmt (...) ist“, heißt es auf Nachfrage. Die hiesige Praxis scheint aber auch vornehmlich an einer guten Statistik orientiert zu sein als daran, einem jungen Menschen nach der Ausbildung einen vernünftigen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen.

### Die Angebote: Unterschiedlich, unklar, unseriös

Eine Vorauswahl der Unternehmen, zu denen man Arbeitssuchende vermittelt, trifft man in Regensburg nicht. „Grundsätzlich gibt es weder Zeitarbeitsfirmen noch andere Unternehmen, wo wir eine Zusammenarbeit ablehnen“, heißt es in einer Stellungnahme gegenüber unserer Redaktion. So etwas sei auch für die Zukunft nicht angedacht. Lediglich auf Messen der Arbeitsagentur

verzichte man mittlerweile auf Leiharbeitsfirmen, ergänzt ein Sprecher. „In Regensburg ist das Arbeitslosen-Potential derart gesunken, dass wir den Unternehmen gar kein vernünftiges Angebot machen können.“

Auch Peter Kick vermisste „ein vernünftiges Angebot“ der Arbeitsagentur und zog daraus seine Konsequenzen. „Ich hab mich keinem einzigen dieser Unternehmen vorgestellt. Wenn ich einmal aus meinem Beruf draußen bin, kann es sein, dass ich nie mehr etwas Richtiges finde.“

Über Kontakte und ehemalige Kollegen hat er mittlerweile wieder eine Stelle als Industriemechaniker gefunden. Wieder in einem großen Regensburger Unternehmen. Auch als Leiharbeiter – allerdings bei 35-Stunden-Woche, unbefristet und mit den annähernden Maximalzuschlägen. Er kommt jetzt auf rund 15 Euro die Stunde und fühlt sich in dem Betrieb gut integriert. „Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Festangestellten und Leiharbeitern. Mir wurde eine Festanstellung in Aussicht gestellt.“ Das Leiharbeitsunternehmen ist eines der größten in Deutschland. Bei der Arbeitsagentur Regensburg meldet dieses Unternehmen seine Stellen übrigens nicht.

*Stefan Aigner,  
21.02.13*

# Nazi-Morde? Nicht ohne den Verfassungsschutz



Vertritt die Familie des 2005 ermordeten Theodoros Boulgarides: der Rechtsanwalt Yavuz Narin. Foto: Liese

## Der NSU und die Behörden: Wer dem Opferanwalt Yavuz Narin zuhörte, glaubt nicht mehr an Pannen

Jahrhundertprozess oder juristisches Alltagsgeschäft? Der NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe, der am 17. April in München beginnt, sorgt schon im Vorfeld für viel Diskussion – und Irritation. Verschiedene Entscheidungen der Verantwortlichen, etwa die Wahl eines viel zu kleinen Gerichtssaals, treffen gerade bei den Vertretern der Nebenklage – Angehörige der Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ – auf Unverständnis.

Auch Anwalt Yavuz Narin, der am Dienstag auf Einladung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) im voll-

besetzten L.E.D.E.R.E.R. zu Gast ist, um die Fragen der Journalisten Waltraud Bierwirth und Stefan Aigner zu beantworten, sieht in der Prozesstaktik der Ermittlungsbehörden eine bedenkliche Kontinuität zum bisherigen Verlauf der NSU-Aufarbeitung.

Narin vertritt die Angehörigen von Theodoros Boulgarides, der am 15. Juni 2005 in seinem Geschäft im Münchner Westend von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt erschossen wurde. Als die Ermittlungen aufgenommen wurden, vermuteten die Behörden einen Milieumord der „Türkenmafia“.

Mit Boulgarides' Frau und seinen beiden Töchtern wurde nicht eben zimperlich umgegangen. „Meine Mandanten wurden massiv drangsalieren und kriminalisiert“, sagt Narin. Bei Hinterbliebenen der NSU-Opfer kein Einzelfall. Die Verstorbenen wurden als Drogenhändler, Pädophile oder Men-

schenschmuggler verdächtigt. Im Falle Boulgarides entgegnete die Witwe den Ermittlern, die ihr wiederholt vorwarfen, sie habe den Mord an ihrem Mann persönlich in Auftrag gegeben, sarkastisch: „Ja, und davor habe ich fünf Türken ermordet, damit es nicht auffällt.“

### „Wie Angehörige der organisierten Kriminalität“

Auch heute noch würden die Opfer-Familien von öffentlicher Seite in den Schmutz gezogen, konstatiert der Anwalt. Dies sei mit ein Grund gewesen, warum seine Mandanten im Februar bewusst nicht beim Empfang von Bundespräsident Joachim Gauck teilgenommen hätten. „Das Signal, dass man sich mit dem Staat versöhnt, erscheint im Augenblick höchst unangebracht.“

Trotz aller Kritik lobt Yavuz Narin im L.E.D.E.R.E.R. die „hervorragende Arbeit“ der eingesetzten Untersuchungsausschüsse. Hier werde über Parteigrenzen hinweg kooperiert, um umfangreiche Aufklärung leisten zu können. Das ändere aber nichts daran, dass Teile der Exekutive wiederholt versuchen, diese Arbeit massiv zu behindern.

Für die größten Affronts bei den Befragungen sorgten insbesondere Vertreter der Verfassungsschutzbehörden. Deren Präsidenten, aber auch hochrangige Staatsanwälte, behämen sich teilweise „wie Angehörige der organisierten Kriminalität“, verwiesen auf Gedächtnislücken oder reagierten regelrecht „dreist und unverschäm“, weiß der Anwalt zu berichten.

So behauptete Dr. Wolfgang Weber, ehemals Präsident des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, vor dem Ausschuss, man habe Ermittlungsakten aus Datenschutzgründen nicht freigeben wollen.

Zahlreiche Akten seien vernichtet oder erst gar nicht angelegt worden, um „keine unnötige Bürokratie zu verursachen“.

Etliche bemerkenswerte Episoden weiß Narin zu erzählen; etwa die von der Medienstrategie der bayerischen Ermittlungsbehörden. Durch eine Fallanalyse des renommierten Profilers Alexander Horn hätten diese bereits 2006 von einem rechtsradikalen Hintergrund ausgehen können. Nach Rücksprache mit der Spitze des bayerischen Innenministeriums entschied man sich damals aber dazu, diese Erkenntnisse nicht öffentlich zu machen.

Der leitende Ermittler Wolfgang Geier begründete dies vor dem Untersuchungsausschuss damit, dass man „keine Hysterie bei türkischen Kleinunternehmern“ auslösen wollte.

Selbst die Namen der Ermittlungskommissionen – von SoKo Halbmond über SoKo Bosphorus bis hin zu BAO Trio – erscheinen im heutigen Licht als wenig rühmlich. Verschleiern sie doch bis heute, dass hinter dem NSU keine Einzeltäter, kein Trio, sondern ein Netzwerk von – derzeit bekannt – mindestens 100 Unterstützern steckt.

### Die Karriere eines ignoranten Staatsanwalts

Auch der Nürnberger Oberstaatsanwalt Walter Kimmel – er startete seine juristische Karriere übrigens in den 80ern in Regensburg – bekleckerte sich im Rahmen der Ermittlungen nicht eben mit Ruhm. Yavuz Narin berichtet dem Publikum von den Umständen des Kölner Nagelbombenanschlags von 2004, als 23 Menschen lebensgefährlich verletzt wurden. Im Vorfeld des Anschlags war bei den Verfassungsschützern ein Dossier im Umlauf, dass vor kleinen rechtsextremen Splittergruppen nach dem Vorbild der britischen Neonazi-Bewegung „Combat 18“ warnte und sowohl Uwe Mundlos als auch Uwe Böhnhardt gar namentlich erwähnte.

Lesen Sie weiter auf Seite 4

# „Es gab immer eine schützende Hand“



## Fortsetzung von Seite 3

Die Ermittler konnten zu dieser Zeit sogar auf Aufnahmen von Überwachungskameras zurückgreifen, auf denen die beiden Neo-Faschisten eindeutig zu erkennen waren.

Mehr noch: Zeugen lieferten im Rahmen der Untersuchungen des ein Jahr später ermordeten Nürnbergers Ismail Yasar Beschreibungen von Mundlos und Böhnhardt, die mit dem Fahrrad unterwegs waren. Dennoch leitete man in diese Richtung keine ermittelnde Tätigkeit ein. Kimmel, zu dieser Zeit der verantwortliche Oberstaatsanwalt für den Bereich Nürnberg-Fürth, tat Verdachtsmomente, die Vorkommnisse in Köln könnten mit dem Mord an Yasar in Zusammenhang stehen, mit dem Kommentar ab, man könne „Äpfel nicht mit Birnen vergleichen“. 2008 wurde Walter Kimmel von

der bayerischen Justizministerin zum ständigen Vertreter des Generalstaatsanwalts befördert.

Auch über den Gründer der Keimzelle des NSU – des „Thüringer Heimatschutzes“ – Tino Brandt, der 1993 in Regensburg aktiv war, hielten Behörden ihre schützende Hand. Als V-Mann pflegte er regelmäßige Kontakte zum Thüringer Verfassungsschutz. Gegen ihn gab es mehr als 30 Ermittlungsverfahren, die alle eingestellt wurden. Sein damaliger V-Mann-Führer Reiner Bode sagte vor dem thüringischen Untersuchungsausschuss aus, man habe Tino Brandt „eingebremst“, habe ihn „immer wieder belehrt, keine Straftaten zu begehen“ und ihm „strafrechtlich relevante Propagandasachen abgenommen“. Zwischen dem Neonazi und dem bayerischen Landesamt habe es „feste Verabredungen“ gegeben.

Opfer-Anwalt Yavuz Narin hielt im L.E.D.E.R.E.R fest, dass Brandt

zweifelsohne nur durch das Geld und die Unterstützung der Verfassungsschützer den „Thüringer Heimatschutz“ aufbauen konnte. Brandt selbst spricht von 200.000 D-Mark an staatlicher Alimentierung. Sogar die Honorare von Brandts szenebekanntem Rechtsanwalt, der selbst Mitglied der NPD war, seien so bezahlt worden. Richter und Staatsanwälte hätten Brandt und seinem Umfeld einen regelrechten „Persilschein“ ausgestellt. Immer wieder seien in diesem und ähnlich gelagerten Fällen Beamte, die genauer ermitteln wollten, unter Druck gesetzt, Sonderkommissionen, die „zu gute Arbeit“ verrichteten, aufgelöst worden. Staatsschützer von der Polizei sprachen „Gefährder“ aus der Szene an und warnten sie vor Ermittlungen durch die Behörden.

## Ohne eine kritische Öffentlichkeit geht nichts

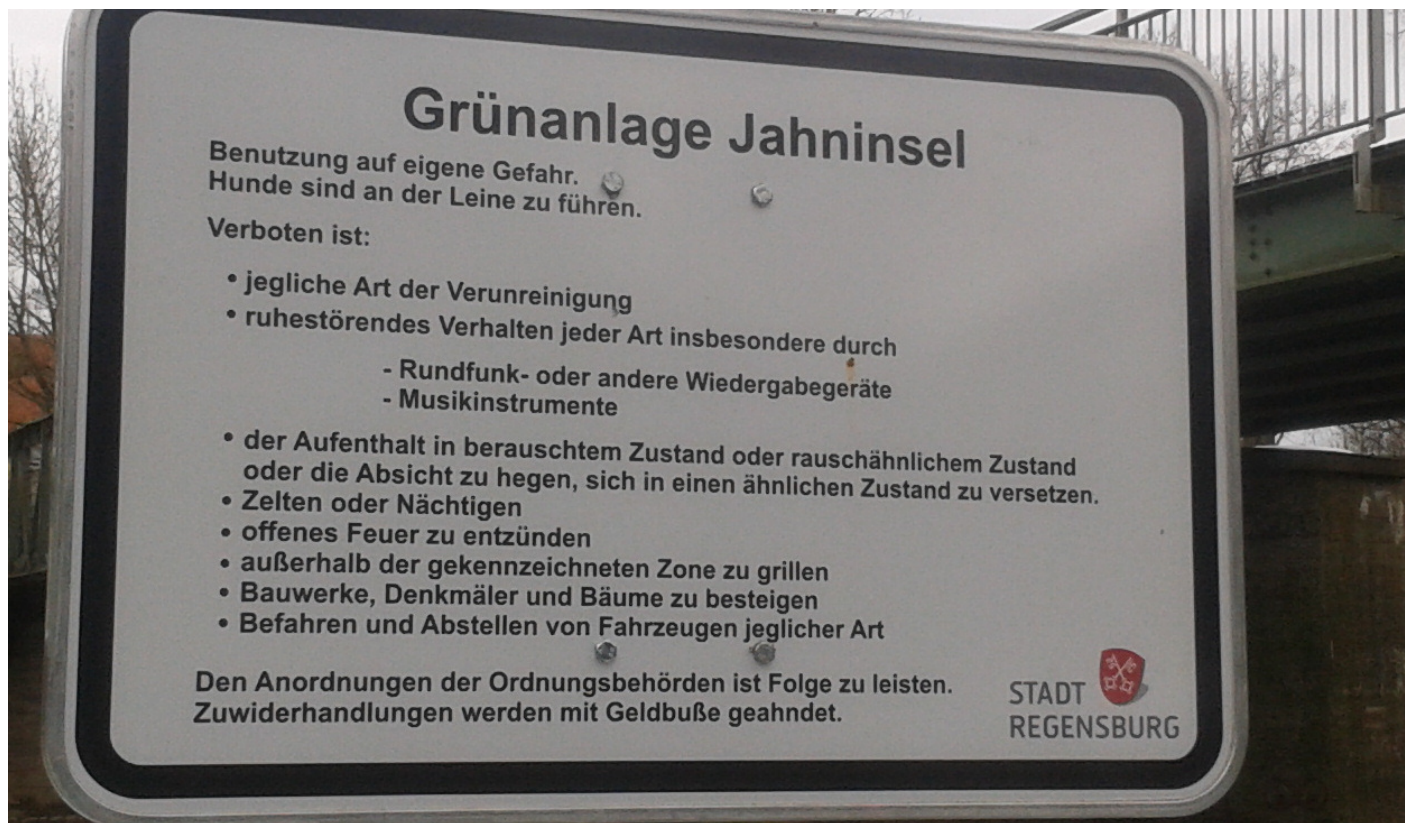
Auch im Rahmen der heutigen Ermittlungen befürchtet Narin, dass die Identitäten der meisten V-Leute weiter geschützt werden sollen. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die ihrem Gewissen nachkommen und Details preisgeben wollen, würden regelmäßig durch Geheimnisverratsprozesse und andere Repressalien drangsaliert. Nicht nur deshalb hält der Anwalt eine Reformierung des Verfassungsschutzes für grundlegend falsch. Vielmehr sei ein solcher Inlandsgeheimdienst grundsätzlich ein „Fremdkörper in der Demokratie“ und müsse abgeschafft werden. Auf die Frage hin, ob die Neonazi-Mordserie überhaupt ohne den Verfassungsschutz möglich gewesen wäre, antwortete Narin: „Überspitzt formuliert stellt sich mir die Frage, ob am NSU überhaupt Nicht-V-Leute teilgenommen haben.“

Um die Klärung all dieser Hintergründe und Verflechtungen der

NSU-Morde wird sich beim Prozess in München, der sich laut Narin bis zu zweieinhalb Jahre hinziehen könnte, vor allem die Nebenklage bemühen müssen. Doch schon organisatorisch wird den Anwälten der Hinterbliebenen die Arbeit nicht einfach gemacht. So wurde man auf den sogenannten „Katzentisch“ verwiesen, mit dem die Nebenkläger unter einer Empore sitzend ohne Sichtkontakt zur Öffentlichkeit und zu den vernommenen Zeugen vorlieb nehmen müssen. „Wir werden an den Nackenhaaren der Zeugen ablesen müssen, ob sie die Wahrheit sagen“, so Narin sarkastisch.

Letztendlich sei vor allem eine kritische Öffentlichkeit der Schlüssel zu einer erfolgreichen Aufklärung. Nicht nur Demonstrationen – wie jene, die am 13. April in München geplant ist – sondern fortgesetzte antifaschistische Arbeit und investigatives Recherchieren von Medien seien notwendig, um den von behördlicher Seite „geplanten Ermüdungsbruch“ des öffentlichen Interesses entgegenzuwirken. Außerdem plane man, auch Rechtsverstöße der Behörden im Laufe des Prozesses offenzulegen. Von Strafvereitelung bis zur Beihilfe zum Mord reiche hier das Spektrum der Tatbestände, die man den Verantwortlichen nachzuweisen hofft.

Nicht wirklich ein Straftatbestand, aber nichtsdestoweniger bezeichnend für die Ermittlungsarbeit sind die Anekdoten, die Narin den Zuhörern im L.E.D.E.R.E.R am Ende der Veranstaltung mit auf den Weg gibt. So wisse man von zwei dokumentierten Fällen, in denen Hamburger und Kölner Ermittler zu äußerst ungewöhnlichen Methoden griffen, um den Tätern auf die Schliche zu kommen: Ein Wahrsager wurde extra aus dem Iran eingeflogen, um neue Hinweise zu geben. Sogar die Stimmen der Opfer aus dem Jenseits, die man mithilfe einer leeren Tonbandkassette zum erklingen bringen wollte, wurden um Rat gefragt. **David Liese, 20.03.13**



# Stilblüten des Verbotswahns

## Auf der Jahninsel steht ein recht bemerkenswertes Hinweisschild

„Es wird ersucht, wegen der Heiligkeit des Ortes und im Interesse der Reinlichkeit desselben, sich des Ausspuckens auf den Kirchenboden zu enthalten.“

Es ist ein gut 200 Jahre alter Text, der so oder so ähnlich in manchen Gotteshäusern zu lesen war – damals, als Kautabak noch groß in Mode, Knigge nicht so weit verbreitet und diese Redewendungen noch gebräuchlich waren. Heute findet man solche Schilder manchmal noch als nostalgische Skurrilität an den Wänden von Wirtshäusern, Kramerläden oder Kreativen und erheitert sich einerseits über die überkommenen, weil nicht mehr notwendigen Verbote – wer spuckt schon in den Dom – andererseits über den alttümlichen Sprachduktus.

Manchmal gibt es aber auch brandneue Schilder, die einen der „guten alten Zeit“ gemahnen, sowohl was den Stil als auch die Verbotsvorstellungen betrifft. Ungeachtet dessen aber sind diese Schilder durchaus aktuell und – das ist nicht unbedingt zum Lachen – ernst gemeint. So zum Beispiel auf der Jahninsel, wo die Verwaltung – besorgt um die Ruhe und den Frieden der Anwohner in Stadtmhof – ein Schild aufgestellt hat.

„Es ist schwierig, einen juristischen Text so umzusetzen, dass ihn auch jeder versteht“, erklärt ein Sprecher der Stadt Regensburg, als wir ihn auf das brandneu aussehende Täfelchen ansprechen, das dort steht und vermittelt dessen die Stadt auf eine ganze Latte von Verboten hinweist, die – würden sie ernsthaft umgesetzt – nur knapp am „Betreten verboten!“ oder einem schlichten „Ruhe!“ vorbeischrannen. Andererseits offenbart der unbekannt Verfasser des Textes durchaus einen gewissen Sprachwitz. Vermutlich unfreiwillig. Denn ansonsten strotzt der Ver-

botssermon nicht gerade von Humor. „Viele Jahre“ stehe das schon da, so der Stadtsprecher. Also nicht gerade dieses Schild. Das sei wohl tatsächlich noch nicht so alt – wie man auch an den blitzenden Schrauben und dem lustigen neuen Stadtwappen im Micky Maus-Stil erkennen kann. Aber so ein Schild generell. Das sei schon lange da gewesen. Das werde einfach erneuert, wenn es verwittert oder sonst wie zu Schaden gekommen ist. Wann genau dies nun passiert ist, diese Erneuerung, ließ sich am Freitag nicht mehr genau feststellen. Was aber „während der vielen Jahre“ nie verändert worden sei, ist der Text.

Dass es nicht eben nett ist, auf der Jahninsel sturzbetrunken Feuer zu legen, Bäume umzusägen und dazu in dröhnender Lautstärke Death Metal zu hören, mag jedem einleuchten. Entsprechendes ist – in schönstem Verwaltungsdeutsch – auch in der städtischen Satzung zur Nutzung von Grünanlagen festgelegt. Ab und an – wenn es wärmer wird – sieht man auch Ver-

treter des städtischen Ordnungsdienstes zwischen badenden, grillenden (teilweise verboten!) und Gitarre spielenden (verboten!), auf Bäume kletternden (verboten!), Fahrräder mit sich führenden (verboten!), Musik hörenden (verboten!) oder auf sonstige Art die Ruhe störenden Menschen (verboten!) über die Jahninsel patrouillieren.

Wie die Ordnungshüter allerdings feststellen wollen, ob manche von diesen Menschen – zwar ruhig, fahrrad- und musiklos, nicht kletternd oder grillend – dennoch „die Absicht hegen, sich (...) in einen Zustand zu versetzen“, der dem „berauschten oder rauschähnlichem“ „ähnlich“ ist, ab wann von so einem Zustand zu sprechen ist und bei wem dieses Verbot dann tatsächlich durchgesetzt wird und bei wem nicht, bleibt das Geheimnis des städtischen Ordnungsamtes. Zumindest darf man noch auf den Boden spucken. Schließlich ist die Jahninsel ja keine Kirche...

Stefan Aigner, 22.02.13

# „Fast grotesk“

## Mehr als deutlich: Gutachter watschen Gedenkpolitik der Stadt Regensburg ab

Es hat ein bisschen gedauert, bis das Gutachten auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Bereits seit Februar liegt dem Regensburger Kulturreferat eine Expertise zur ehemaligen KZ-Außenstelle Colosseum in Stadtamhof vor. Seit wenigen Tagen ist das 34seitige Papier nun auf den Internetseiten der Stadt abrufbar, Mitte Mai soll es im Kulturausschuss diskutiert werden. Auch wenn es im Ton moderat bleibt, klingt die Kritik deutlich durch.

Folgt man aber den Empfehlungen, die Ulrich Fritz (Stiftung Bayerische Gedenkstätten), Dr. Jörg Skribeleit (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg) und Professor Dr. Mark Spoerer (Universität Regensburg) geben, könnte dies den Abschluss einer Jahrzehnte währenden Debatte um ein angemessenes Andenken für die rund 400 Gefangenen und – laut Gutachten – mindestens 53 Toten im Colosseum bilden.

Dieses Andenken gestaltete sich schon immer schwierig. Eine Gedenkstätte, die den Regensburgern nach dem Krieg mehr oder weniger zwangsweise auf dem Zentralfriedhof verordnet wurde, verschwand Mitte der 50er. Das Thema geriet in Vergessenheit. Einer Schulklasse griff die Geschichte 1982 im Rahmen einer gemeinsamen Abschlussarbeit wieder auf und holte damit sogar einen Geldpreis des Bundespräsidenten. Eine Geldspende der Schüler für eine Tafel verflüchtigte sich irgendwo in den Weiten des städtischen Haushalts.

Einem Regierungsintermezzo von SPD-Oberbürgermeisterin Christa Meier ist es zu verdanken, dass in den 90ern ein Gedenkstein aufgestellt wurde. Dieser wird in dem Gutachten durchaus gewürdigt, allerdings als „ungenügend“ bezeichnet, da er keinerlei Informationen biete und auch keinen Bezug zum Gebäude habe. „Er steht paradigmatisch für Robert Musils Diktum: ‘Das Auffälligste an



*Die öffentliche Kritik an der Tafel stieß bei der Stadt auf taube Ohren. Gutachter sprechen jetzt von grotesker Verschleierung der Tatsachen.*

Denkmälern ist, dass man sie nicht sieht“, heißt es im Gutachten.

Wie mehrfach berichtet, scheiterte das Anliegen, eine darüber hinausgehende Gedenktafel am Gebäude anzubringen, am Widerstand des Eigentümers: Develley-Boss und CSU-Politiker Michael Durach.

Der Text der daraufhin klammheimlich von städtischer Seite verlegten Bodenplatte gehe in „fast grotesker Weise am Kern der Sache vorbei“, konstatiert das Gutachten. „Dass vor dem Haus Häftlinge zum Appell antreten mussten verschleiert, dass im Haus Häftlinge an Auszehrung und Missethandlung starben.“ Tatsächlich

weise das Colosseum selbst für eine KZ-Außenstelle eine außerordentlich hohe Todesrate auf. Das Gutachten empfiehlt dringend die Entfernung der Platte und eine komplette Umgestaltung des Platzes unter Mitarbeit von Experten.

Obwohl sich der im Frühjahr 2012 erteilte Auftrag des Stadtrats an die Gutachter nur auf das Thema Colosseum beschränkt hatte, geht das Forscher-Trio aber noch darüber hinaus. Die Debatte ums Colosseum sei nämlich nur exemplarisch für die Kritik am Umgang Regensburgs mit seiner neueren Geschichte. Hierfür gebe es in der Stadt „keine öffentliche Präsentation“. Offizielle Ausstellungen

etwa im Historischen Museum oder dem Welterbe-Besucherzentrum endeten de facto im Spätmittelalter. Ein Kritikpunkt, der nicht neu ist.

Wichtige Themen „wie Säkularisation, Mediatisierung, Eisenbahn, Industrialisierung, Erster Weltkrieg, Weimarer Republik und Bundesrepublik“ seien „im städtischen Erinnern überhaupt nicht präsent“. „Weshalb Regensburg seit einigen Jahrzehnten einen überdurchschnittlichen Aufstieg erlebt, wird in keiner Weise historisch thematisiert.“

Themen wie Zwangsarbeit und Rüstungsproduktion, Verfolgung und Terror, Widerstand und dessen Unterdrückung oder Messerschmitt und das KZ-System gingen in ihrer Bedeutung über Regensburg hinaus und müssten angemessen aufgearbeitet und präsentiert werden. „Erinnerung braucht Wissen Information“, resümieren die Gutachter.

## Colosseum-Debatte wurde jahrelang verschleppt

„Eine geeignete und angemessene Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus würde sehr davon profitieren, wenn die Stadt sich dazu durchringen könnte, ihre Stadtgeschichte insgesamt darzustellen.“

Ein Platz dafür könne etwa das derzeit in Entstehung befindliche „Museum der bayerischen Geschichte“ sein. Ein Vorschlag übrigens, der nicht ganz neu ist und den wir im Rahmen unserer Berichterstattung schon einmal gemacht haben.

Die Gutachter bieten ihre Mitarbeit an und raten dazu, das bürgerschaftliche Engagement in alle Überlegungen miteinzubeziehen. Nun ist der Kulturausschuss gefragt. Eines steht schon jetzt fest: In der Amtszeit von Hans Schaidinger wird nichts mehr passieren. Unter seiner Verantwortung wurde dieses Thema konsequent verschleppt und verkam zur peinlichen Posse.

*Stefan Aigner,  
10.04.13*



*Fordert einen anderen Umgang der Stadt mit ihrer neueren Geschichte: Dr. Jörg Skribeleit von der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Fotos: ar*

# Morgen, Regensburg!

Eine Mitteilung  
in eigener Sache



**„Wenn einem Journalisten nichts etwas bedeutet, bedeutet der Journalismus nichts. (...) Haltung heißt: für etwas einstehen, Haltung heißt: sich nicht verbiegen lassen, nicht von kurzfristigen Moden, nicht von unrealistischen Renditeerwartungen. Haltung heißt, sich von der Nähe zur politischen Macht nicht korrumpieren zu lassen.“**

**Heribert Prantl**

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem 11. April 2008 gibt es Regensburg Digital. Seit mittlerweile fünf Jahren stehen wir – das sind ein hauptamtlicher Redakteur und mehrere freie Journalistinnen, Journalisten und Fotografen – für eine unabhängige, mutige und kritische Berichterstattung zu Themen, die in anderen (vor allem lokalen) Medien gar nicht, kaum oder immer etwas anders vorkommen. Wir stehen für selbst re-

cherchierte Geschichten abseits des drögen Termin-, Gefälligkeits- und Heipsdideipsdi-Journalismus.

Mehrfach haben wir Missstände bei Grundstücksgeschäften, in größeren Unternehmen und Organisationen aufgedeckt. Regelmäßig beschäftigen wir uns mit dem Verhalten der Regensburger Justiz, der rechten Szene in der Region, der Situation von Flüchtlingen und geben intensive Einblicke in die Kommunalpolitik.

Mehrfach wurde unsere Berichte bundesweit aufgegriffen und mehrfach wurde deshalb in der Vergangenheit schon versucht, uns mit teuren Gerichtsprozessen mundtot zu machen.

Ein Rechtsstreit mit dem Rüstungskonzern Diehl um die korrekte Bezeichnung einer hauseigenen Bombe endete 2009 mit einem Vergleich.

2010 durften wir uns mit dem Möbelkonzern XXXLutz vor Gericht treffen, weil wir dessen beschämenden Umgang mit Angestellten aufgedeckt haben. Das Verfahren haben wir auf ganzer Linie gewonnen. Zitat aus dem Urteil: „Wahrheit ist grundsätzlich nicht rechtswidrig.“

Vergangenes Jahr mussten wir uns über zwei Instanzen mit der Diözese Regensburg auseinandersetzen, weil wir über Geldzahlungen an Missbrauchsoffer

berichteten. Am 18. Oktober 2011 hat uns das Oberlandesgericht Hamburg in vollem Umfang recht gegeben. Die Diözese zog bis vor das Bundesverfassungsgericht. Im Dezember 2012 wurde die Beschwerde gegen das Urteil des OLG Hamburg endgültig abgewiesen.

Ebenfalls 2012 versuchte die rassistische Partei Die Freiheit uns mit hanebüchenen Abmahnungen das Leben schwer zu machen. Erfolglos. Mittlerweile taucht sie im Verfassungsschutzbericht auf.

**„Diese Zeitschrift ist ganz ohne Kapital gegründet worden, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil kein Kapital da war.“**

**Erich Mühsam, 1911 im Vorwort seiner Zeitschrift „Kain“**

Um solche Verfahren durchzustehen, unsere Unabhängigkeit zu bewahren und weiter kritisch berichten zu können, stützen wir uns nur zu einem geringen Teil auf Werbeanzeigen. In erster Linie – zu 70 Prozent – setzen wir auf die freiwillige Unterstützung durch unsere Leserinnen und Leser – Sie.

Das funktioniert zum Einen über Bezahlssysteme PayPal oder Flattr. Wenn Sie uns aber regel-

mäßig unterstützen wollen, werden Sie Mitglied beim „Verein zur Förderung der Meinungs- und Informationsvielfalt e.V.“. Ab 5 Euro im Monat sind Sie dabei. Und, um es gleich vorweg zu nehmen: Sie haben dadurch keinerlei Einfluss auf unsere Berichterstattung. Sie haben auch nicht die Möglichkeit, ihren Beitrag steuerlich abzusetzen (In den Augen des Finanzamts ist unsere Arbeit nicht gemeinnützig. Egal. Das macht uns umso unabhängiger.).

Sind Sie auch an einem Medium interessiert, das unabhängigen Journalismus betreibt, vernachlässigte Themen und Informationen aufgreift und das dabei keinen Hehl daraus macht, zu politischen und gesellschaftlichen Zuständen eine Haltung zu haben?

Dann werden Sie Mitglied im Förderverein oder unterstützen Sie uns mit einer Spende. Ihre Mitgliedschaft können Sie jederzeit formlos per E-Mail beenden. Leichter als so manches Zeitsabo.

**„Unserer ist nichts Besonderes, hält seinen Beruf aber für den schönsten.“**

**Horst Czerny, Journalist, genannt „Kommissar aus der Hölle“**

## BEITRITTSANMELDEFORMULAR

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_  
(wird von uns ausgefüllt)

zum Verein zur Förderung der  
Meinungs- und Informationsvielfalt e. V.

regensburg-digital.de

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße / Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
geboren am: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_  
E-Mail: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Einzugsermächtigung auf Widerruf**

Monatsbeitrag: 5,00 €  
 Spende: \_\_\_\_\_ €  
 einmalig  monatl.  jährlich

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_  
BLZ: \_\_\_\_\_  
bei: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_  
Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bankverbindung:

Volksbank Regensburg e. G., BLZ: 750 900 00  
Kontonummer: 63 363

Maierhofer Str.1, 93047 Regensburg Mobil: 0179/130 88 47 E-Mail: info@regensburg-digital.de

# Ermittlungen gegen Porno-Pranger-Anwalt

**Versuchter Betrug?  
Für eine berühmte  
Abmahnkanzlei aus  
Regensburg wird  
es langsam eng**

„Dass gegen den Abmahner und gegen den abmahnenden Rechtsanwalt ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen versuchten Betruges geführt wird, haben wir in unserer bisherigen beruflichen Praxis noch nicht erlebt“, so der Heidelberger Rechtsanwalt Andreas Forsthoff.

Der Experte für Urheber- und Wettbewerbsrecht vertritt „etliche Betroffene“ gegen die Regensburger Abmahn-Kanzlei U+C (Urmann und Kollegen). Und vergangene Woche erreichte ihn ein Schreiben der Regensburger Staatsanwaltschaft, „welches es in sich hat“: Gegen U+C-Anwalt Thomas Urmann läuft ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Betrugs.

U+C brachte es im vergangenen Jahr zu einiger Berühmtheit: Im August hatte die Kanzlei angekündigt, eine sogenannte „Gegnerliste“ im Internet zu veröffentlichen. Darauf sollten die Namen von Betroffenen veröffentlicht werden, die von der Kanzlei abgemahnt wurden. Dem Vernehmen nach, weil sie angeblich illegal Filme – vornehmlich Pornos – aus dem Internet herunter- bzw. hochgeladen haben. Einem Bericht des Regensburger Wochenblatts zufolge sei aus Kreisen der Kanzlei die Zahl von 150.000 Betroffenen „durchgesickert“. Immerhin 0,2 Prozent der deutschen Bevölkerung.

Unter der Überschrift „Porno-Pranger“ machte die Kanzlei bundesweit Schlagzeilen. Am Ende schob nicht nur das Bayerische Landesamt für Datenschutz dem Ganzen einen Riegel vor. Bereits im Vorfeld hatten Rechtsanwälte für ihre Mandanten am Landgericht Essen und Amtsgericht Regensburg einstweilige Verfügungen erwirkt. Der „Porno-Pranger“ war indes nur eine weitere Eskala-



tionsstufe der dubios anmutenden Praktiken von Urmann + Kollegen, über die wir bereits im letzten Jahr berichtet haben. Offenkundig ging es darum, die Zahlungsbereitschaft, der Abgemahnten abseits der Gerichtssäle zu erhöhen. Abgemahnte wurden unter Druck gesetzt. Es gab Verstöße gegen die Berufsordnung. Eine Versteigerung von Abmahnforderungen im angeblichen Wert von 90 Millionen Euro wurde öffentlichkeitswirksam verkündet. Schließlich folgte mit der Pranger-Ankündigung die recht unverhohlene Drohung: Zahlt oder Euer Name steht im Netz. Ob die Abmahnung überhaupt gerechtfertigt sind, ist dabei noch nicht einmal geklärt.

Was dabei etwas unterging: Etwa zur selben Zeit verschickten Urmann + Kollegen namens einer dubiosen KVR Handelsgesellschaft massenhaft Abmahnungen an Internetshops wegen fehlerhafter AGBs.

Das Muster: Die Abmahnung kommt am Freitag mit Fristsetzung bis Sonntag, 12 Uhr. Dazu die Androhung hoher Kosten, wenn nicht sofort unterschrieben und gezahlt wird.

Der Geschäftsführer der KVR ist der bekannte Internet-Abzocker Frank Drescher. Die Frage, ob man auch vorhabe, die abgemahnten Shops auf der „Gegnerliste“ zu veröffentlichen (und sie so möglicherweise „unabsichtlich“ mit Porno-Up- und Downloads in Verbindung zu bringen), wollten uns Profi-Abmahner letztes Jahr nicht beantworten.

Nun hat die Regensburger Staatsanwaltschaft deshalb ein Ermittlungsverfahren sowohl gegen Frank Drescher wie auch gegen Rechtsanwalt Thomas Urmann eingeleitet. Der Vorwurf lautet auf versuchten Betrug.

Wettbewerbsrechtler Andreas Forsthoff hatte angesichts der Massen von Abmahnungen, die U+C für die KVR bzw. Frank Drescher verschickt hatte, bereits im vergangenen Jahr Rechtsmissbrauch vermutet. Frank Drescher habe nach seinem Eindruck „lediglich vorgetäuscht, einen Internethandel mit quasi allen Artikeln zu betreiben, die denkbar sind, um ein konkretes Wettbewerbsverhältnis zu allen möglichen vermeintlichen Wettbewerbern zu konstruieren“, so Forsthoff.

Doch aus welchem Interesse sollte Frank Drescher dies tun? Wie Forsthoff erläutert, hätte bei wettbewerbsrechtlichen Abmahnungen wie im Fall der KVR nur der Rechtsanwalt, also U+C, einen Anspruch auf Kostenerstattung. Frank Drescher ginge leer aus – sofern alles mit rechten Dingen zugeht. Pro Abmahnung werden bei einem Streitwert von 10.000 Euro immerhin 651,80 Euro fällig. Nicht schlecht, wenn man bedenkt, dass diese via Textbaustein-System am PC problemlos binnen kürzester Zeit hundertfach erstellt werden können.

„Warum sollte also Frank Drescher umfangreich einen Internetshop aufziehen, damit dann alleine Rechtsanwalt Thomas Urmann daran verdient?“ Er habe „andere Motive oder finanzielle Vereinbarungen zwischen Rechtsanwalt Thomas Urmann und Frank Drescher“ vermutet, so Forsthoff. „Dies zu beweisen ist jedoch nicht ganz einfach.“ Nun ermittelt die Regensburger Staatsanwaltschaft. Forsthoff, der zahlreiche Betroffene vertritt, hat seine volle Unterstützung zugesagt.

## Zusammenarbeit mit bekanntem Internet-Abzocker

Am 26. April wird in Zusammenhang mit der KVR Handelsgesellschaft zudem eine Regressklage gegen Urmann und Kollegen vor dem Amtsgericht Regensburg verhandelt, die auch der Hintergrund der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sein dürfte.

U+C wurde vom Gericht bereits im Vorfeld aufgefordert, „vorzutragen, wieviele Abmahnungen an Konkurrenten sie im Auftrag der KVR Handelsgesellschaft mbH verschickt hat, wer ihr die jeweiligen Wettbewerbsverstöße mitgeteilt hat und welche Honorarzah- lungen und insb. Vorschüsse die GmbH insoweit eingestahlt hat“.

*Stefan Aigner,  
02.04.13*





bürgermeisterin Christa Meier (SPD) wird Maldaque gerne als das erste Opfer der Nazis in Regensburg bezeichnet (Update: Am Dienstag hat Christa Meier diese Position bei ihrem Vortrag zurückgenommen und korrigiert.)

Dass man es sich damit sehr einfach macht, einen Gutteil der Stadtgeschichte ausblendet und die Umstände von Maldaques Tod verharmlost, legt das kürzlich erschienene Buch „Elly Maldaque – ein Willkürakt mit Todesfolge“ in beeindruckender Klarheit und gestützt durch einen umfangreichen Anhang dar. Erstmals wird darin auch das Tagebuch der „Lehrerin von Regensburg“, wie Ödön von Horvath Maldaque in einem ihr gewidmetem Theaterstück bezeichnete, komplett veröffentlicht.

Dabei legen die Autorinnen Waltraud Bierwirth, Luise Gutmann, Klaus Himmelstein und Erwin Petzi auch ein Stück vernachlässigter Regensburger Stadtgeschichte offen. Sie erinnern daran, dass es die hier 1919 gegründete Bayerische Volkspartei (BVP) war, die damals in Bayern regierte. Unter der Ägide dieser klerikal-konservativen Vorläuferin der CSU wurde Maldaques Entlassung durchgedrückt – übrigens im Widerspruch zur Weimarer Reichsverfassung, gegen den Widerstand von Lehrerverbänden und Schülereletern. Im Gegenzug paktierte die BVP mit der NSDAP und be-

Nachkriegs-Regensburg der 70er wandeln konnte. Interessant sind auch die Reaktionen von katholischer und evangelischer Kirche in Regensburg, die Maldaques Entlassung in ihren Publikationen ausdrücklich begrüßten.

In einem eigenen Beitrag beschäftigt sich Waltraud Bierwirth am Beispiel der Regensburger Universität mit der Kontinuität der Gesinnungsschnüffelei in den 70er und 80er Jahren. Dort sorgte der „ewige Vizekanzler“ Jörg Wiesner dafür, dass mancher Akademiker und Lehrer ob seiner zu linken Einstellung Berufsverbot erhielt. Trotz Widerstand von der Universitätsleitung und obwohl ihm später ein Gericht „Zweifel an seiner Verfassungskonformität“ bescheinigte, tat Wiesner dies mit dem Wohlwollen und tatkräftiger Unterstützung der bayerischen Staatsregierung und war bis 2008 als Vizekanzler der Universität tätig. Der Altburschenschaftler ist nur ein Beispiel dafür wie ein Staat im Zuge des Radikalerlasses Spitzeln und Denunzianten eine Plattform bot, um so vorgeblich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten.

### Eine Warnung vor blinder Staatsgläubigkeit

In diesen Zusammenhang gestellt wird der „Fall Maldaque“ zu einer Warnung vor einer all zu unkritischen Haltung gegenüber einem und Vertrauen in einen Obrigkeitsstaat, der für sich in Anspruch nimmt, die alleinige Definitionshoheit über das gesellschaftliche Gemeinwesen, die Grundwerte der Demokratie und vor allem der Identifizierung ihrer vermeintlichen Feinde zu haben.

Elly Maldaque war nicht Opfer der Nazis, sondern einer herrschenden politischen und gesellschaftlichen Haltung, in der aktive Gegner der Nationalsozialisten bekämpft wurden, so dass deren Machtübernahme zumindest beschleunigt, wenn nicht gar erst ermöglicht wurde.

**Waltraud Bierwirth, Luise Gutmann, Klaus Himmelstein, Erwin Petzi: Der Fall Maldaque. Ein Willkürakt mit Todesfolge. Verlag Friedrich Pustet. Regensburg 2013.**

*Stefan Aigner,  
05.03.13*

# Ein Willkürakt im Obrigkeitsstaat

Eine Lehrerin wird bespitzelt. Dabei arbeiten die Staatsorgane mit Nazis zusammen. Und schließlich wird die junge Frau wegen vermeintlich bewiesener kommunistischen und damit demokratiefeindlichen Gesinnung entlassen. Nein. Wir befinden uns nicht im Hier und Heute und es geht nicht um den Verfassungsschutz. Wir befinden uns im Regensburg der 30er Jahre und die Frau, um die es geht heißt Elly Maldaque.

Die Lehrerin ist am 20. Juli 1930 unter mysteriösen Umständen in der Irrenanstalt Karthaus gestorben. Zuvor wurde sie von einer Bürokratie unter dem Ein-

fluss der heraufdämmernden Nazi-Zeit systematisch fertig gemacht. Sie wurde im Auftrag der Polizei von Nazis bespitzelt. Weil sie bei Kommunisten Klavier gespielt und sich für deren Ideen begeistert hatte, flog sie aus dem Staatsdienst und schließlich – nach einem Nervenzusammenbruch – erklärte ein Amtsarzt sie für „selbst- und gemeingefährlich“ und ließ sie nach Karthaus verfrachten. Nach neun Tagen war die bis dahin körperlich völlig gesunde 36jährige Frau tot.

In der breiten Wahrnehmung und zuletzt auch in einer Vortragsankündigung von Altober-

ließ nationalsozialistische Lehrer im Staatsdienst, während gleichzeitig zur Hatz auf Kommunisten und Freidenker geblasen wurde.

Über 90 Zeitungsartikel erschienen seinerzeit deutschlandweit zum „Fall Maldaque“. Das Buch beschäftigt sich insbesondere mit den Regensburger Veröffentlichungen. Es zeichnet die Berichterstattung und das Verbot kommunistischer und sozialdemokratischer Blätter nach, denen zuvor schon die BVP das Leben schwer gemacht hatte. Und es zeigt die Karriere eines Journalisten, der sich vom Hofschreiber der Nazis zum anerkannten Redakteur im

# „Sind hier etwa Schwuchteln?“



So muss es laut Christa Meves sein: die Mutter mit ihren Kindern.

Foto: Roth

## Die Katholische Erwachsenenbildung lud Deutschlands führende Homophobe zum Vortrag ein

Nach einer rassistisch motivierten Unterschriftenliste gegen ein Asylbewerberheim und der geschichtsrevisionistischen Rede von Bürgermeister Jürgen Sommer am Volkstrauertag, war am 20. März das Katholische Pfarramt St. Michael in Donaustauf Kulisse für veraltete Ideologien.

Zusammen mit der „Katholischen Erwachsenenbildung im Landkreis Regensburg“ hatte Pfarrer Erich Renner die „Psychagogin“ Christa Meves zum Vortrag geladen: „SOS – Die Familie retten, heißt Europa bewahren“ lautete die Botschaft, die es zu verbreiten galt.

### Für die Wahrheit zahlt man gern mal mehr...

Die konservativen Anhänger von Meves sind zahlreich. Und so füllt sich das Pfarrheim bis auf den letzten Platz. Insgesamt kommen über 120 Menschen, um ihr zu lauschen. Doch zuvor signiert die 88-jährigen noch persönlich ihre Bücher: Werke mit Titeln wie „Verführt. Manipuliert. Pervertiert: Die Gesellschaft in der Falle modischer Irrlehre“ und „Mütter heute: entwertet, beraubt, vergessen“ kommen beim geneigten Publikum an. In der Kasse landen mehrere hundert Euro Gewinn. Denn für die „Wahrheit“, sagt eine Frau mit fünf neuen Büchern, zahle man gerne mal mehr...

Wahrheit – auch Christa Meves spart nicht mit diesem Begriff. Immer wieder betont sie in ihrem knapp einstündigen Vortrag, dass die Wahrheit auf der Seite der



Filmte und fotografierte Anwesende: Thomas Albertin. Foto: Roth

„Schere liegt, die für die Familie ist“. Die andere Seite dieser Schere sei jene gegen die Familie: Die Ideologen. Diejenigen, die „vom bösen Geist erfasst sind, der nicht will, das die Bevölkerung aufwacht“.

Doch wer ist das eigentlich – dieser „böse Geist“? Es sind, wie während des Vortrags und bei der anschließenden Diskussion zu erfahren ist, beispielsweise „die selbstbewussten Frauen, vor denen die jungen Männer Angst haben sie zu heiraten“. Es ist „das Gefühl von Autonomie bei den verselbstständigten Frauen, das sich negativ auf den ehelichen Zusammenhalt auswirkt und den Scheidungsboom heraufbeschworen hat“, beklagt Meves. „Pro Jahr werden in Deutschland jeweils 150.000 Kinder zu Scheidungswaisen.“

Und Meves weiß genau, woher dieser Trend in Deutschland kommt: Mit der 68er-Generation habe eine Ära begonnen, mit der das „Volk mit relativen gesunden Familien und ohne Rauschgift – denn vor 1969 gab es noch kein Rauschgift in unserem Land“ – bewusst von „Ideologen kaputt gemacht wurde“. So stamme aus dieser Zeit die Emanzipation der Frauen, das Gender-Mainstreaming, von dem Meves weiß, dass es die „feste geschlechtliche Identität des Menschen abschaffen will“ und die Schwulen, als „unnatürliche Konstrukte“, die die

„gesunde Familie“ zerstören wollen.

Dass nicht alle Zuhörerinnen und Zuhörer unkritisch an dieser „Wahrheit“ interessiert sind, bemerkt der Geschäftsführer der „Katholische Erwachsenenbildung“ recht früh. Bereits vor der Veranstaltung filmt und fotografiert Thomas Albertin gezielt vermeintliche „Störer“. Beraten lässt er sich dabei von einem Neonazi aus dem Dunstkreis der NPD. Wahrscheinlich nichtsahnend.

Gegen drei junge Erwachsene, die am Anfang des Vortrags ein Transparent mit der Aufschrift „we hate homophobia“ entrollen, wird Albertin handgreiflich und bugsiert sie aus dem Pfarramt. Vorsorglich ruft er die Polizei, die ab diesem Zeitpunkt vor dem Pfarramt patrouilliert.

### Schwule: „Unnatürliche Konstrukte“

Spätestens nach dem zweiten Rauswurf eines jungen Mannes – er verneint Albertins Frage danach, ob ihm der Vortrag gefalle und fliegt daraufhin aus dem Saal – wird klar, dass hier nicht zimperlich mit Kritikern umgegangen wird.

Auch Pfarrer Renner nutzt seine Moderatorenrolle, um Kritikerinnen mundtot zu machen. Einem Journalisten, der Christa Meves auf

ihre Lüge, dass sie nie für Leute in der rechten Szene referiert habe, anspricht, entzieht Renner das Wort. Positive Stimmen für Meves werden mehrere Minuten Monolog eingeräumt. Kritische Beiträge werden mitten im Satz unterbrochen. Die so gestoppten Diskutanten dürfen sich nicht weiter beteiligen.

Dennoch kommt der eine oder andere zu Wort. „Das was Frau Meves sagt ist für viele im Saal hart an der Grenze des Erträglichen“, so ein älterer Herr. Ein Anderer meint: „Das was hier gesagt wird, kann man als Demokrat nur schwer ertragen.“

Als ein junger Mann bei Meves nachfragt, weshalb ein homosexuelles Pärchen keine „gesunde Familie“ sein könne, schreit eine Frau aus den vorderen Reihen: „Sind hier etwa Schwuchteln anwesend?“. Meves überhört dies und kann sich plötzlich nicht mehr an ihre These von gleichgeschlechtlichen Lebensformen als „unnatürliche“ Konstrukte erinnern. „Wo habe ich denn etwas über Homosexuelle in dem Vortrag gesagt?“.

Thomas Albertin fotografiert unterdessen den Fragesteller. Pfarrer Renner unterbindet weitere Nachfragen.

Nach knapp eineinhalb Stunden spricht der Pfarrer das Abschiedswort. Die Dinge seien „komplex“. Es brauche „Hintergrundinfos“. „Darum ist es schwer, auf alle Fälle einzugehen.“ Dennoch sei es, so Renner, „gelingen, auf alle Fragen und Ansichten einzugehen und etwas mitzunehmen“.

In der Tat werden viele von diesem Abend im Katholischen Pfarramt Donaustauf etwas mitnehmen: Die Anhängerinnen und Anhänger von Christa Meves viele neue Bücher und die „Wahrheit“. Die Polizisten vor der Tür die Frage, weshalb sie ein katholisches Pfarramt überwachen mussten. Die Kritiker von Meves die Einsicht, dass eben nicht jede Kritik erwünscht ist. Und natürlich Frau Meves selber. Sie kann sich über einen gefüllten Geldbeutel freuen sowie über ein reines Gewissen, die „Wahrheit“ gegen „die Schere der Ideologen“ und Universitäten, die Medien und wohl allgemein gegen die Grundpfeiler einer humanistischen Moderne verteidigt zu haben.

Mathias Roth,  
03.04.12



Würgte kritische Stimmen ab: Pfarrer Renner.

Foto: Roth

# 70 Jahre nicht profitorientiert



## Leidenschaftlicher Musiker, politischer Freigeist: zum 70. Geburtstag von Uli Teichmann

Es passt nicht so ganz zusammen. Das verschmitzte Lächeln und der fröhliche Ton auf der einen und das, worüber er gerade spricht, auf der anderen Seite. Uli Teichmann regt sich nämlich fürchtbar auf. Eben hat er uns zwei Tassen schwarzen Kaffee auf den massiven Holztisch in seiner Küche gestellt. Irgendwo war noch Platz zwischen dem Laptop und

zwei recht individuell gestalteten Aschenbechern, Zeitungen, dem Werbematerial von den Linken, der kleinen Metallkanne mit vertrockneten Teeblättern und der roten Rose in einer kleinen Glasvase in der Mitte, die schon ein wenig den Kopf hängen lässt.

Während Teichmann sich in aller Ruhe sein Pfeifchen stopft und aus der Tasse mit der Aufschrift „Held der Arbeit“ trinkt, beginnt er aufs Sozialamt zu schimpfen. Da war er am Vormittag und hat erfahren, dass sie ihm jetzt 20 Euro von seiner Grundsicherung abziehen. Die 400 Euro „Hutgeld“, die er letztes Jahr als Troubadour auf Mittelaltermärkten verdient hat, wollen sie ihm nicht lassen.

Von Regensburg bis Füssen fährt er seit sechs Jahren herum, um zu spielen – mit Einhandflöte, Trommeln und Schellen an den Füßen. Geht's um was Soziales schon auch mal ganz ohne Gage. „Ich denke nicht profitorientiert genug, hat mein Sachbearbeiter gesagt“, murmelt Teichmann. Das sei doch nur ein Hobby. Als solle er sich das Auto sparen und von den 400 Euro darf er nur etwas mehr als 100 behalten. Da bleibt nichts, um sein kaputtes Saxophon reparieren zu lassen. Aber was schert das das Amt. Ist doch nur ein Hobby.

„Denen wäre es wahrscheinlich am Liebsten, wenn ich nur noch zuhause vor dem Fernseher sitze.

Empfangend und untätig.“ Teichmann hat sich im Internet schon den entsprechenden Text aus dem Sozialgesetzbuch rausgesucht. „Die liegen falsch. Da leg ich Widerspruch ein.“

Es liegt Uli Teichmann gar nicht – das untätig sein. Am Freitag wird er 70 Jahre alt. Geboren 1943 in München, dann bis 16 im Ruhrpott aufgewachsen – „Den Dialekt sprech ich besser als mein Nichtbairisch“. Weil den Vater das „Bergheimweh“ gepackt habe, sei er dann doch wieder nach Bayern zurückgekehrt. Seit Mitte der 70er ist Teichmann Regensburger.

Und zumindest vom Sehen kennen ihn die meisten hier. Den schmächtigen Mann, der mit dem

Saxophon beim mancher Demo, der Verlegung von Stolpersteinen oder beim Gassenfest spielt. Der vor vier Jahren als Kandidat der Linken für den Bezirkstag kandidiert hat und der sich bei mancher Veranstaltung zu Wort meldet und einen schon mal in längere Diskussionen verwickelt. Der mal mit dem „Rockkabarett Ruam“ auf der Bühne steht, mal mit seinen beiden „Buam“, wie er sie nennt: den Gebrüdern Teichmann, bundesweit und international bekannten Musiker und DJs.

Irgendwie haben wir noch einen Termin gefunden, um uns ein wenig zu unterhalten – über die letzten 70 Jahre. Zwischen einer Aufstellungsversammlung der Linken – er tritt auch bei der nächsten Wahl an, einem Auftritt bei einer Veranstaltung für die Kinder von Fukushima – die Kirschblütenzweige stehen in einer Vase auf dem Fensterbrett, und dem, was er „Tingeln“ nennt. Tingeln – Musik machen. Das ist seine große Leidenschaft. Neben der Politik. Er ist – wenn auch immer mal mit Bauchschmerzen – von Anfang an bei den Linken dabei. Teichmanns erste Parteimitgliedschaft.

Vorher war er nur beim SDS. Vorsitzender an der Uni München 1967/ 68. Mittendrin in den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und den Muff von tausend Jahren. Mittendrin in den Osterunruhen, bei denen in München der Student Rüdiger Schreck und der Fotograf Klaus Frings getötet wurden. Die Verantwortlichen wurden nie gefasst. „Studenten und Polizisten haben sich gegenseitig mit Steinen beworfen. Aber nicht aus Militanz, sondern weil sie blöd waren“, meint Teichmann. Er selbst wurde zwei Mal verurteilt, wegen „Aufruhr“ und „Beamtenbeleidigung“. Er hatte einen Zivilpolizisten als „Nazischwein“ beschimpft, weil der mit einem Holzknüppel auf Demonstranten losging.

„Ich kann mich einfach über Ungerechtigkeiten aufregen. Dann werde ich kämpferisch und gerate immer mal in komische Kreise und Situationen.“ Dabei sei er bei den Unruhen und Protesten eher der „Abwiegler“ gewesen. Derjenige, der den einen Kommilitonen davon abhielt, dem Botschafter der Schweiz mit einer Fahrradkette ins Gesicht zu schlagen, weil der sich gerade für den Vietnamkrieg ausgesprochen hatte. Den anderen vom Steine werfen. Und wieder einen anderen davon, mit einer geladenen Pistole zur Demonstration

zu gehen. Trotzdem landete auch Teichmann mal mal zwei Tage im Knast, weil ihm Kommilitonen eine Kamera in die Hand drückten, die sie einem Polizisten abgenommen hatten. Ihm ging bei der anschließenden Flucht die Luft aus. „Da hab ich mich einfach ergeben.“ Gleich drei Rechtsanwälte kamen am Ende, um ihn rauszuholen und aus der zu erwarteten Haftstrafe wegen „schweren Raub“ eine Bewährungsstrafe wegen „Aufruhr“ zu machen.

Mit Gudrun Ensslin und Andreas Baader hat Teichmann in seiner WG diskutierte, noch bevor die beiden sich radikalisierten, untertauchten und die RAF gründeten. Irmgard Möller, die später als einzige RAF-Terroristin lebend aus Stammheim herauskam, hat eine Weile in derselben WG gewohnt. „Irgendwann war sie weg und ist dann auf einem Fahndungsplakat

aufgetaucht.“ Was die Leute bewegt habe, könne man psychologisch schon erklären. „Ich hab sie ja alle gekannt. Aber so etwas interessiert doch heute niemanden mehr.“ Er habe damals auf eine breite, pluralistische, linke Bewegung gehofft.

„Aber irgendwann hat jeder seine eigene K-Gruppe gegründet, weil ihm der andere nicht gepasst hat.“ Schade, findet Teichmann. „Ich hab mich mit den Maoisten auch gestritten, weil ich es eklig fand, dass der Pianisten die Hände abhacken lässt, aber am Ende haben wir doch gemeinsam gegen den Krieg demonstriert.“ Doch nicht einmal das sei am Ende noch möglich gewesen. „Was Rudi Dutschke gesagt hat, hat mir gefallen. Aber das hat doch niemanden mehr interessiert.“

Mitte der 70er zog Teichmann, gerade Vater geworden, aus Mün-

chen weg. Trotz Einser-Physik-Diplom in der Tasche hatte er sich fürs „Tingeln“ entschieden. Immer wieder mit verschiedenen Bands die Landclubs abklappern und Musik machen. Kein einträgliches Geschäft, aber trotz der materiellen Unsicherheit befriedigender als ein Bürojob in irgendeiner Kommune oder einem Unternehmen. So landete er schließlich in Kneiting und gründete dort den Jazz-Club.

Sechs Jahre – bis 1984 – war der Club eine weithin bekannte Auftrittsstätte für internationale Jazz-Größen, Musiker aus der DDR und so ziemlich alle Bands, die es in und um Regensburg damals gab. Eines der größten Events: Ein mehrtägiger Donaldisten-Kongress, bei dem es zur Spaltung der Donaldisten kam. „Die einen gingen Entenbraten essen und für die anderen galt: ‘Ein wahrer Donaldist niemals eine Ente isst’.“ Viele Linke seien damals Donaldisten geworden, erzählt Teichmann. „Ich hab selbst schon ernsthaft überlegt.“

Den Jazz-Club in Regensburg würde es nicht geben ohne diesen Vorläufer in Kneiting, der an einer ruhebedürftigen Nachbarin scheiterte und einem Kneitinger Bauern, der – aus alter Erbfeindschaft mit Teichmanns Vermieter – seinen Acker nicht als Fluchtweg freigeben wollte.

Deshalb – weil er dort der Wirt war und mit so ziemlich allen und allem mitgejammt hat, was Löcher, Tasten und Saiten hat – kennen ihn in Regensburg die alten und mitteltalten Musiker. Die jüngeren kennen Teichmann wegen seiner „Buam“. „Wir haben musikalisch erst im reiferen Alter zueinander gefunden“, sagt Teichmann. „Sie waren leider viel zu antiautoritär erzogen und wollten nur Punk spielen. Mir hat das nicht so getaugt.“ Ab und an treffen sich Vater und Söhne mittlerweile aber doch zu gemeinsamen Sessions. Mal in Berlin, mal in Regensburg oder irgendwo, wo’s gerade passt.

Zum Beispiel am Wochenende. Wenn Uli Teichmann groß Geburtstag feiert, kommen auch seine beiden Buam vorbei. Die zweite Aufstellungsversammlung der Linken, wo er auf einen der vorderen Listenplätze gewählt werden soll, lässt er dafür sausen. „Ich bin alt genug. Da darf ich mir das erlauben“, sagt er und lacht. Außerdem ist das Tingeln und Leben einfach wichtiger als irgendwelcher Profit...

*Stefan Aigner, 14.03.13*



# Schlampen, schweigen, pampig werden...



*Dr. Heinrich Wanderwitz: Sein Amt steht seit Jahren in der Kritik. Nun auch überregional. Dem Oberbürgermeister sind die Missstände bekannt, doch der bleibt tatenlos.* Foto: as/Archiv

## Das Regensburger Stadtarchiv genießt überregional eine traurige Berühmtheit

„Das Archivgut sichert als objektive Quelle die rechtsstaatlich gebotene Kontinuität der Verwaltung und ist zugleich die unverzichtbare und unersetzliche Grundlage für die Erforschung der Vergangenheit.“

**Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern sowie Kultus, Unterricht, Wissenschaft und Kunst im Jahr 1992**

Die Antworten sind kurz und bündig. Weder der Oberbürgermeister, noch der Kulturreferent, noch der Chef des Amtes für Archiv und Denkmalpflege lassen

sich zu längeren Stellungnahmen hinreißen. Und einige Fragen beantworten Hans Schaidinger, Klemens Unger und Dr. Heinrich Wanderwitz überhaupt nicht. Es ist aber auch peinlich. Das Archiv der Weltkulturerbestadt, die ihre große Vergangenheit und geschichtliche Bedeutung bei jeder Gelegenheit marktschreierisch an den Mann bringt, gilt überregional als schlechter Witz. Bestenfalls. Für viele Forscher ist es einfach ein einziges Ärgernis, mit dem Regensburger Stadtarchiv zu tun zu haben.

Die Öffnungszeiten von maximal fünf Stunden – dazwischen zwei Stunden Mittagspause – sind im Vergleich selbst mit Archiven in kleineren und weniger bedeutenden Städten beispiellos. Für auswärtige Forscher lohnt sich eine Anreise nach Regensburg kaum. Es sei denn, man plant einen Aufenthalt von mehreren Tagen. Dokumente verschwinden oder sind zumin-

dest nicht auffindbar. Ein Teil der Archivbestände lagert unverzeichnet in Schachteln.

Anfragen werden entweder falsch oder überhaupt nicht beantwortet. Und wenn ein Forscher mal all zu hartnäckig nachfragt, wird die Kommunikation einfach eingestellt und die Angelegenheit – einseitig – „für erledigt“ erklärt.

### Unger: „Mit meinen Möglichkeiten am Ende.“

Im Blog des Freiburger Historikers Dr. Klaus Graf hat das Archiv seit geraumer Zeit einen Eintrag unter der Rubrik „Faule Archive“ erhalten. Auf eine kurze Anfrage erhielt er vom Stadtarchiv die Antwort, dass man schriftliche Anfragen „grundsätzlich nicht

mehr“ beantworte. Aus Personal-mangel. Die Mitarbeiterin rät Graf, auf eigene Kosten einen freien Regensburger Historiker zu engagieren, damit der für ihn im Archiv recherchiere.

Ähnliches widerfuhr auch dem Berliner Historiker Reinhard Markner. Er war auf der Suche nach Briefen des Literaten Franz Michael Leuchsenring, die er im Nachlass des preußischen Diplomaten Christian Wilhelm von Dohm vermutete. Auf eine erste Anfrage wurde ihm mitgeteilt, dass der Nachlass keine Briefe Leuchsenrings enthalte. Als er sich – gegen Gebühr – die Bestandsliste zuschicken ließ, stellte er jedoch fest, dass der Nachlass mehr als hundert Briefe enthält, deren Absender überhaupt nicht identifiziert sind. Ein Schriftvergleich – eine Sache von zehn Minuten, wie Markner sagt – wurde mit Verweis auf Personal-mangel abgelehnt.

Archivleiter Wanderwitz versprach, sich um die Sache zu kümmern und ging anschließend auf Tauchstation. Beantwortete weder E-Mails noch Anrufe. Schließlich erhielt Markner auch noch drei Mahnungen für eine Rechnung, die ihm nie zugestellt worden war und am Ende auf seine Beschwerde hin ein pampiges Schreiben des Kulturreferenten, der mitteilte, dass die Angelegenheit erledigt sei und er keinen weiteren Schriftverkehr mehr wünsche. „Im Stadtarchiv Regensburg fehlt es offenbar am Interesse und an der Kompetenz, die eigenen Bestände vernünftig zu katalogisieren und die Inventare ins Netz zu stellen, wie vergleichbare Archive das längst tun“, resümiert Markner. „Bekanntlich stinkt der Fisch immer vom Kopf her.“

**„Die Archivierung umfasst nicht nur die Aufgabe das Archivgut zu erfassen und auf Dauer zu verwahren und zu sichern, sondern auch zu erschließen, nutzbar zu machen und auszuwerten.“**

**Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern sowie Kultus, Unterricht, Wissenschaft und Kunst im Jahr 1992**

Vor Ort sind die Missstände altbekannt. Das Problem mit den Öffnungszeiten. Die Tatsache, dass schon mal fünf Wochen nichts kopiert werden kann, weil „die zuständige Mitarbeiterin krank ist“. Dass der Drucker über Wochen nicht funktioniert und so alle Archivbestellungen per Hand ausgefüllt werden müssen. Dass die Software streikt und es immer wieder Dokumente gibt, die eigentlich da sein müssten, die aber niemand finden kann. Entsprechend verwaist ist der Lesesaal des Archivs. Selten sieht man dort mehr als zwei, drei Menschen bei der Recherche.

Allein fünf Anträge stellte Stadträtin Irmgard Freihoffer (Linke) in den letzten zwei Jahren, um das Archiv, wie sie schrieb, aus seinem „Dornröschenschlaf“ zu wecken. Ergebnislos.

In einer Sitzung des Kulturausschusses bekannte Kulturreferent Klemens Unger mit Blick auf Archivleiter Wanderwitz, dessen Vorgesetzter er ist: „Ich bin mit meinen Möglichkeiten am Ende.“ Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der durchgreifen könnte, wenn Unger es nicht schafft, räumte in einer Sitzung des Personal-

ausschusses letzten Sommer unumwunden ein, dass auch er mit seinem Latein am Ende ist: „Es finden klare Anweisungen statt, die aber nicht immer fruchten.“ Er könne aber auch nicht verlangen, dass jeder so arbeite, wie er das tue, so Hans Schaidinger. Er gedenke nicht, auf Kritik am oder Anträge zum Stadtarchiv zu reagieren.

Was im Archiv eigentlich passiert, weiß niemand so genau. Seit mittlerweile drei Jahren gibt es keinen Abschlussbericht des Amts [2]. Es blieb stets bei Ankündigungen von Kulturreferent Klemens Unger gegenüber den Stadträten, diese Berichte nachzureichen. Eine solche Ankündigung wiederholt er auch gegenüber unserer Redaktion.

Bislang bleibt aber festzuhalten: Der letzte Bericht des Amts für Archiv- und Denkmalpflege datiert aus dem Jahr 2009. Er liest sich wie eine Notverordnung: Eine Pflege von roh verzeichneten Beständen findet nicht statt. Begründung: Personalmangel. Es wurden „deutlich weniger Archivrecherchen“ durchgeführt. Eine Statistik dazu gibt es nicht. Begründung: Personalmangel. Eine Erfassung der Archiv-Bibliothek im Verzeichnis der Regensburger Universität unterbleibt. Personalmangel! Wie vie-

le Nutzer das Archiv besuchten, wurde nicht gezählt. Personalmangel! Die Zweitbücher des Standesamts zu führen – eine staatlich vorgeschriebene Aufgabe – unterblieb. Zu wenig Personal.

Unter anderem deshalb gab es mehrfach scharfe Rügen der Regierung gegen das Regensburger Stadtarchiv. Immerhin scheint man in diesem Punkt reagiert zu haben. „Die Führung der Standesamtszweitbücher ist durchgeführt und auf aktuellem Stand“, heißt es gegenüber unserer Redaktion.

## „Einige negative Dinge in der Vergangenheit“

Die Stadtspitze indes bestreitet, dass es dem Archiv an Personal fehle. Inklusiv des im höheren Dienst angesiedelten Leiters Heinrich Wanderwitz arbeiten dort sieben Personen. „Die Pflichtaufgaben des Archivs können mit dem vorhandenen Personal erledigt werden“, heißt es knapp. Serviceleistungen, die über diese Pflichtaufgaben hinaus gingen habe man früher über ABM-Stellen anbieten können, heißt es weiter. Nachdem diese Möglichkeit nicht mehr

bestünde, „überlegt“ man nun, wie sich diese Situation verbessern lassen könnte.

Wieder einmal eine Ankündigung, von der man zumindest bezweifeln kann, dass sie irgendwelche Konsequenzen zeitigen wird.

Seit fünf Jahren arbeitet man angeblich an einer Veränderung der Öffnungszeiten. Ergebnislos.

Seit einem Jahr kündigt Kulturreferent Klemens Unger an, Jahresberichte nachzureichen. Ergebnislos.

Bei einer Sitzung des Personalausschusses im Jahr 2011 bemängelte das zuständige Amt, dass Wanderwitz zwar öffentlich stets den vorgeblichen Personalmangel beklage, aber nie neue Stellen, ja nicht einmal bereits zur Verfügung stehende Teilzeitkräfte beantragt oder in Anspruch genommen habe. Zwei Jahre lang. Es habe ein „langes und schwieriges Gespräch“ mit dem Archivleiter gegeben, heißt es weiter im Sitzungsprotokoll. Die Verwaltung sei bereit, „einige negativen Dinge, die in der Vergangenheit liegen“, zu vergessen, heißt es weiter. Mann wolle „auf einer Sachebene weiterarbeiten“, so das Angebot an den Stadtarchivar.

Weder Wanderwitz, noch Unger, noch Schaidinger wollen dazu auf Nachfrage Näheres zu diesen Ausführungen sagen.

Gefruchtet scheint dieses Gespräch unbekanntem Inhalts jedenfalls nicht zu haben. Zumindest, wenn man die Praxis verschiedener Ämter innerhalb der Stadtverwaltung betrachtet. Die archivieren ihre eigenen Bestände mittlerweile über das übliche Maß hinaus selbst. „Wir versuchen, so wenig Unterlagen wie möglich an das Stadtarchiv weiterzugeben“, heißt es von einem Mitarbeiter (Name bekannt). „Denn wenn es einmal dort landet, kann es sein, dass man es nie wieder findet.“

Die Frage, wer dienstrechtlich dafür zuständig ist, dass sich das Stadtarchiv mehr und mehr einen überregional bekannten einschlägig schlechten Ruf erarbeitet, beantwortet uns die Stadt übrigens nicht. Es ist aber auch klar: Wenn Heinrich Wanderwitz sein Amt nicht im Griff hat und Unger mit seinen Möglichkeiten am Ende ist, müsste eigentlich der Oberbürgermeister eingreifen. Doch der gedenkt, wie oben erwähnt, nicht auf Kritik zu reagieren.



**Hans Schaidinger über Heinrich Wanderwitz: „Nicht jeder hat meine Arbeitsauffassung.“**  
Foto: Archiv

**Stefan Aigner,**  
17.01.13

# Vom gemeinsamen Schmerz der Nicht-Bürger



## Staat und Gesellschaft verweigern Flüchtlingen das Selbstverständliche: Gleichbehandlung

Woran es wohl liegen mag, dass die großen Medien solches Desinteresse zeigen? Am Wochenende trafen sich über 300 Menschen zum „Refugee Struggle Congress“ in München – Flüchtlinge und Unterstützer aus ganz Deutschland und dem europäischen Ausland. Sie wollen zurückblicken auf die mittlerweile ein Jahr andauernden Proteste, die nach dem Selbstmord Mohammed Rahsepar in Würzburg begonnen haben, zu Protestcamps und Hungerstreiks in mehreren Städten führten und mit einem Protestmarsch nach Berlin ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht haben.

An diesem Wochenende wollen die Aktivisten nächsten Schritte planen, sich vernetzen und – abseits von Internet und Facebook – per-

sönlich kennenlernen, austauschen, miteinander streiten, sich gegenseitig motivieren.

Diese Veranstaltung im Gewerkschaftshaus ruft zwar Rassisten auf den Plan – die NPD-Tarnliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ des Neonazis Karl Richter wirft ein paar Mal aus dem fahrenden Auto ihre Flugblätter vors Gewerkschaftshaus. Und der Kongress sorgt auch bei der Polizei für Verwirrung – auf ihrem Weg zu den Schlafplätzen in einer Turnhalle werden die Teilnehmer von mehreren Fahrzeugen mit Zivilfahndern gestoppt und befragt, ob es sich hier um eine nicht angemeldete Demonstration handelt.

Berichtenswert aber scheint all das nicht zu sein. Trotz anfänglicher Anmeldung bleiben Medien wie die Süddeutsche, aber auch mehrere Radiosender am Ende weg. Bei der Abschlusspressekonferenz sind sie nicht da.

Allein mit ihrer Anwesenheit verstoßen viele Teilnehmer gegen geltende Gesetze. Die in Deutsch-

land gültige und europaweit einmalige „Residenzpflicht“ verbietet ihnen, je nach Bundesland, den Landkreis, den Bezirk oder – im großzügigsten Fall – das Land zu verlassen, in dem sie zwangsweise und willkürlich verteilt untergebracht sind.

## Der Staat reagiert: Repression gegen die Organisatoren

So rigoros wie in der Vergangenheit werden Verstöße dagegen nicht mehr verfolgt – seit der Protest auf der Straße läuft, seit die Augen zumindest eines Teils der Bevölkerung auf diese Zustände gerichtet sind, die von den „Asylantern“ normalerweise nicht allzu viel mitbekommt. Zumindest findet die Repression nicht mehr gar so öffentlich statt.

Post von Polizei, Staatsanwaltschaft und den Ordnungsbehörden bekommen aber insbesondere die Organisatoren der Proteste, jene

die sich öffentlich exponieren oder die man zufällig auf Fotos erkennt. Immer wieder wird man als Fotograf beim Kongress darauf hingewiesen, Gesichter unkenntlich zu machen. Viele haben Angst. Ziviler Ungehorsam kann für Flüchtlinge weit drastischere Folgen haben als für den Normalbürger – bis hin zur Abschiebung.

Wie politische motivierte Asylprozesse verlaufen, konnte man anlässlich des Verfahrens des Iraners Mohammad Kalali vor dem Verwaltungsgericht Regensburg erleben. Er war von Anfang an einer der Wortführer des Protests in Würzburg, Mitorganisator des Camps in Regensburg und wurde im Rahmen der dreistündigen Verhandlung regelrecht ins Kreuzverhör genommen, um ihm vermeintliche Widersprüche nachzuweisen, die seine Ablehnung als Flüchtling rechtfertigen sollten. Entsprechend fiel das Urteil aus – Ablehnung. Auch wenn es für jeden klar denkenden Menschen auf der Hand liegt, dass ein politisch denkender und widerständiger



ger Mensch wie Kalali unter dem Regime im Iran wohl nur geringe Überlebenschancen haben dürfte.

Auch im Vorfeld des Kongresses setzte die Staatsmacht Duftmarken. Patras Bwansi, einer der Hauptorganisatoren des Protestcamps in Berlin, hat wenige Tage vor dem Kongress seinen Abschiebungsbescheid vom Landratsamt Passau bekommen. Im Protestcamp in Wien, das über Videokonferenz mit dem Kongress verbunden ist, wird einer der Wortführer am Donnerstag zuvor in „Schubhaft“ genommen.

Non-Citizens – Nichtbürger – ist der Begriff, den die Flüchtlinge am Ende des Kongresses für ihren Status prägen. Nichtbürger: Diejenigen, die ausgeschlossen sind von dem, was für den Bürger das Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe ist. Die sich auf engstem Raum in „Gemeinschaftsunterkünften“ zurecht finden müssen, die etwa in Bayern immer noch mit (überteuerten) Essenspaketen anstelle von Bargeld versorgt werden, deren Integration explizit unerwünscht ist und die den Mund zu halten und dankbar zu sein haben

dafür, dass man sie doch sowieso noch halbwegs menschlich behandelt.

Einen Tag vor dem Kongress kommt es in München in einer Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge – sie gelten bereits ab dem Alter von 16 als „asylmündig“ und werden ohne Betreuung, dafür unter Bewachung in Unterkünfte gesteckt – zu Ausschreitungen. Die Polizei verhaftet 29 Personen.

In der Flüchtlingsunterkunft Wörth an der Donau geht ein 29-jähriger Iraner in der Nacht von Sonntag auf einen anderen Flüchtling los und ersticht ihn.

## Lageralltag in Deutschland: Suizid und Ausschreitungen

Bereits einige Tage zuvor wurde in der Regensburger Unterkunft ein 33-jähriger Kurde tot in seinem Zimmer gefunden. Auch er litt unter einer psychischen Erkrankung, hatte sogar einen gesetzlichen Betreuer. Einiges deutet auf Suizid hin. Eine willkürliche

Auswahl des deutschen Lageralltags an einem Wochenende.

„Flüchtlinge haben bereits einiges erlebt und überlebt, bis sie überhaupt in Deutschland ankommen“, sagt der Iraner Arash Dust Hossein beim Kongress. Krieg und Verfolgung, Flucht und die europäische Flüchtlingsabwehrtruppe Frontex. „Dann werden sie in Lager gesteckt, von der Öffentlichkeit ferngehalten und systematisch zermürbt.“ Das, was die Industrieländer mit Entwicklungs- und Schwellenländern praktizieren, werde hier vor Ort einfach reproduziert. Menschen, die aus Ländern flüchten, mit denen Deutschland und Europa Handel treiben, deren Machthaber die Bevölkerung mit Waffen aus deutscher und europäischer Produktion unterdrücken, würden hier erneut unterdrückt und ausgegrenzt, so Hossein.

Von München soll jetzt ein Signal ausgehen zu einer deutschland- und europaweiten Bewegung – mehrfach wird von „Revolution“ gesprochen – der „Non-Citizens“. Deren Forderung am einfachsten zusammengefasst und doch so

fern von der Realität: „Gleiches Recht für alle“.

Houmer Hedayatzadeh, der schon im Protestcamp in Regensburg dabei war, hat in Berlin mit mehreren Abgeordneten gesprochen: „Dort hat man uns gesagt: Es gibt mehrere tausend von Euch. Ihr seid nur ein paar wenige. Weshalb sollten wir Euren Forderungen nachgeben?“ Jetzt versuche man eben, diese tausenden zu erreichen, vor Ort zu besuchen, „die Leidensgenossen in jedem Lager zu aktivieren“ und zu einem selbst organisierten Protest zu bewegen. „Die Gesetze die uns zu Nichtbürgern machen, müssen weg. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.“

Es gebe sicher Konflikte innerhalb dieser neuen, selbstorganisierten Flüchtlingsbewegung, sagt Kalali. „Aber es gibt einen gemeinsamen Schmerz. Und deshalb ist das keine Hürde.“

Stefan Aigner,  
04.03.13



Seit über einem Jahr protestieren die Flüchtlinge in mehrere deutschen Städten (hier eine Demonstration in Regensburg) für ihre Gleichbehandlung. Auslöser war der Selbstmord eines Iraners in einer Unterkunft in Würzburg. Foto: Archiv

# Steinerne Brücke: Zeit kostet viel Geld...



*Verhüllt, verrammelt, vernagelt: Die Baustelle auf der Steinernen Brücke ist auch Sinnbild für den Informationsfluss von offizieller Seite. Durch Kompetenz-Hickhack zwischen Stadt und Denkmalpflege verteuert sich die Sanierung des Wahrzeichens immer mehr. Foto: Archiv*

**Wer dafür aufkommen muss, ist unklar, aber: Die Sanierung des ersten Bauabschnitts wird doppelt so teuer wie geplant**

Die Die Verzögerungen bei der Sanierung der Steinernen Brücke kosten nicht nur Zeit, sondern auch jede Menge Geld. Bereits jetzt beziffern sich die Mehrkosten auf mindestens eine halbe Million Euro. Die ursprünglich veranschlagte Summe für den ersten Bauabschnitt dürfte sich damit zumindest verdoppeln. Und offenbar rächt es sich, dass der Auftrag seinerzeit an den billigsten Anbieter vergeben wurde.

Wer nun dafür aufkommen muss, ist noch unklar. Wie überhaupt so vieles bei dem Projekt, für das zwar mindestens 20 Millionen Euro an öffentlichen Geldern ausgegeben werden, bei dem die Verantwortlichen aber offenbar glauben, nicht einmal den Stadtrat vernünftig informieren zu müssen.

## **Baufirma machte ein erstaunlich günstiges Angebot**

Öffentlich haben sich die Linken über die mangelnde Informationspolitik der Stadt beklagt. Im persönlichen Gespräch hört man das von vielen Stadträten. Die Öffentlichkeit bliebe komplett außen vor, gäbe es nicht denen einen

oder anderen Medienbericht.

Vor knapp zwei Wochen machte der Bayerische Rundfunk öffentlich, dass die Stadt Regensburg der Baufirma, die für die Sanierung des ersten Bauabschnitts zuständig war, gekündigt hat. Am Fachsingsdienstag räumten die „Dr. Pfanner Werkstätten“ die Baustelle. Man habe angesichts der andauernden Verzögerungen das Vertrauen verloren, heißt es wenig aufschlussreich von Seiten der Stadt zur Begründung. Nun muss die Baustelle erst abgenommen und dann neu ausgeschrieben werden. Damit verzögert sich das Ende der Sanierungsarbeiten auf einen unbestimmten Zeitpunkt. Wieder einmal. War zunächst vom Jahr 2014 die Rede, wurde dieser bereits vor knapp zwei Jahren auf 2015 verschoben. Nun heißt es

2016, aber auch da sei man sich nicht sicher.

Was das alles kostet und wer das bezahlt, werden möglicherweise erst die Gerichte klären. Bereits seit mehreren Monaten kommuniziere das Unternehmen mit der Stadt nur noch über seinen Rechtsanwalt, heißt es aus der Verwaltung. Die Pfanner Werkstätten selbst, eine in Fachkreisen äußerst anerkannte Firma, wollen sich zu der Kündigung nicht äußern. Man dürfe nicht, wird uns auf Nachfrage von Pfanner mitgeteilt. Darauf nehme man keinen Einfluss, heißt es im Gegenzug von der Stadt. Beide Seiten ziehen es vor, sich bedeckt zu halten. Es steht auch viel Geld im Feuer.

Die Mehrkosten für die bisherigen Verzögerungen bezifferte man im städtischen Tiefbauamt be-

reits im November auf 420.000 Euro. Dazu kämen noch Folgekosten für andere beteiligte Unternehmen, zusätzlichen Planungsaufwand und den eventuellen Verlust von Fördergeldern, heißt es in einer internen Verwaltungsvorlage vom November 2011, die unserer Redaktion vorliegt. Damals stand die nun ausgesprochene und mit weiteren Kosten verbundenen Kündigung und Neuausschreibung der Arbeiten allerdings noch nicht zur Debatte. Die Verwaltung empfahl, den Auftrag bei dem Unternehmen zu belassen. Das sei bei allen Problemen günstiger als eine Neuausschreibung.

Bereits damals bemängelte das Tiefbauamt unter anderem „vertragswidriges Verhalten“ und „Leistungsverweigerung“ durch das Unternehmen. Es habe einen umfangreichen Schriftverkehr gegeben. Man habe mehrere Gespräche geführt, sogenannte „Verzugsmeldungen“ angezeigt und schließlich sogar mit der Kündigung gedroht. Im Gegenzug beklagte das Unternehmen Mängel beim Instandsetzungskonzept und dem Leistungsverzeichnis, auf dessen Basis man sein Auftragsangebot abgegeben hatte.

Dieses Leistungsverzeichnis zur Sanierung des ersten Bauabschnitts

hatte bereits im Vorfeld der Auftragsvergabe 2011 für Diskussionen gesorgt. Sechs Unternehmen hatten auf dessen Basis Angebote abgegeben.

Deren Höhe lag zwischen rund 680.000 Euro und 1,2 Millionen Euro. Der günstigste – die Pfanner Werkstätten – erhielt seinerzeit, im März 2011, den Zuschlag. Der annähernd doppelte Preis für ein und dieselbe Arbeit? Das machte dann doch einige Stadträte stutzig. Die Freien Wähler initiierten einen Nachprüfungsantrag, um das Leistungsverzeichnis, auf dessen Basis Angebote abgegeben wurden, erneut überprüfen zu lassen.

### Ewiger Hickhack: Greipl kritisiert, Stadt dementiert

Basis für diesen Antrag war aber nicht nur die Differenz bei den Angeboten, sondern auch Bedenken des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege, das als wichtigster Zuschussgeber Kritik an diesem Verzeichnis geübt hatte.

„Eine denkmalfachliche Zustimmung“ sei auf dieser Grundlage „nicht möglich“, heißt es in ei-

nem Schreiben der Behörde an die Stadt Regensburg. Dieses Schreiben scheint Einiges in Gang gesetzt zu haben. Denn nur einen Tag später zieht der zuständige Mitarbeiter seine zuvor auf vier Seiten detailliert vorgetragene Kritik plötzlich zurück. In einer Telefonkonferenz mit dem Planungsbüro, das für die Leitung der Sanierungsarbeiten zuständig ist, hätten die „teilweise auf Missverständnissen beruhenden“ Bedenken nun „ausgeräumt“ werden können, heißt es jetzt kurz und bündig.

Und obwohl Bayerns oberster Denkmalpfleger Generalkonservator Professor Egon Greipl seine Bedenken an dem Leistungsverzeichnis später erneut bekräftigte und die Auftragsvergabe weiter als „verfrüht“ bezeichnete, gab das Landesamt für Denkmalpflege schließlich seine schriftliche Zustimmung und die Pfanner Werkstätten erhielten den Zuschlag. Das Ergebnis ist bekannt: Rauswurf des Unternehmens. Der erfolgte übrigens ohne neuerliche Information an den Stadtrat.

Nun verzögert sich das Ende der Sanierung auf unbestimmte Zeit, der erste Bauabschnitt wird wohl weit mehr kosten, als es der Fall gewesen wäre, wenn man selbst den teuersten Anbieter genommen hät-

te und dass noch weitere Probleme folgen werden, steht zumindest zu befürchten.

Zuletzt kritisierte Greipl gegenüber dem BR, dass die für die Sanierung der Brückenbögen benötigten Grünsandsteine nicht ausreichen würden und zum Teil beschädigt seien. Die Stadt wiederum weist auf Nachfrage jedwede Kritik zurück, ohne sich näher zu äußern. Zu konkreten Nachfragen unserer Redaktion äußern sich beide Seiten recht nichtssagend und verweisen auf ein Treffen im April, bei dem man alle Probleme ausräumen werde. Dann kommen Greipl und das mit der Gesamtplanung betraute Büro an einem Tisch zusammen, um sich zu besprechen.

Wo diese Probleme nun tatsächlich liegen, erfahren – wie bereits erwähnt – nicht einmal die Stadträte. Und schon gar nicht die Öffentlichkeit, die das Ganze bezahlt und den Streitereien zuschauen darf, ohne vernünftig informiert zu werden. Sollten die Arbeiten für den ersten Sanierungsabschnitt 2013 nicht abgeschlossen sein, verliert die Stadt nach eigenen Angaben möglicherweise Zuschüsse in Höhe von fünf Millionen Euro.

*Stefan Aigner, 23.02.13*



War in der Boomtown Regensburg lange die ruhigste Baustelle: Blick hinter die Planen bei der Steinernen.

Foto: Archiv

# Regensburg Digital obsiegt vor dem Verfassungsgericht

**In eigener Sache: Rechtsstreit mit der Diözese Regensburg nach über zwei Jahren endgültig beendet**

Die Diözese Regensburg hat zu Weihnachten nicht nur einen neuen Bischof, sondern auch Post aus Karlsruhe erhalten. Im Rechtsstreit mit unserer Redaktion hat das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde der Diözese am 3. Dezember 2012 abgewiesen (1 BvR 558/12). Wie mehrfach berichtet, hatte die Diözese gegen folgende Aussage in einem Kommentar vom März 2010 geklagt:

„Und beim Vertuschen von Missbrauch zeigt man sich äußerst kreativ: (...) Ein Opfer des pädophilen Pfarrers von Riekofen erhielt Geldzahlungen, die nicht nur in den Augen unserer Redaktion den Beigeschmack einer Schweigegeldzahlung haben.

Das Bistum Regensburg hat das stets bestritten. Es habe keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Zahlung und dem vereinbarten Schweigen gegeben, behauptet das Bistum. Es geht Ihnen nicht um



die Opfer, sondern vor allem darum, dass nichts an die Öffentlichkeit kommt', sagte eines der Opfer dem SPIEGEL.“

Das Landgericht Hamburg erließ zunächst eine einstweilige Verfügung gegen unsere Redaktion, die in der I. Instanz bestätigt wurde. Das Oberlandesgericht Hamburg gab uns dagegen am 18. Oktober in vollem Umfang recht.

Die Einschätzung, dass die „Vermittlung einer Geldzahlung“ durch die Diözese eine Gegenleistung dafür gewesen sei, dass der Missbrauch nicht öffentlich werde, sei „im Lichte der Meinungsäußerungsfreiheit (...) nicht angreifbar“. Die in dem Kommentar gewählten Formulierungen seien „noch zurückhaltend“ gewesen, so die Vorsitzende Richterin Marion Raben.

Die Diözese hatte gegen dieses Urteil Verfassungsbeschwerde eingelegt. Diese wurde von der 1. Kammer des Ersten Senats nicht angenommen. „Die Entscheidung ist unanfechtbar“, heißt es in dem einstimmig gefassten Beschluss, der Anfang der Woche auch unserem Rechtsanwalt Nils Pütz zugeschickt wurde. Damit dürfte der Rechtsstreit endgültig beendet sein, zumindest vor weltlichen Gerichten. *Stefan Aigner, 20.12.12*

## Rüge für Mittelbayerische

**Presserat bemängelte schweren Verstoß gegen Datenschutz**

Wegen einer „schweren Verletzung des Datenschutzes“ hat der Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserats [1] am Freitag eine Rüge gegen die Mittelbayerische Zeitung ausgesprochen. Die Ironie dabei: Am 24. Januar hatte die MZ in ihrer Print- und Online-Ausgabe ihrerseits über eine Rüge des bayerischen Datenschutzbeauftragten Thomas Petri gegen die die Stadt Neumarkt berichtet. Ebenfalls wegen Verletzung des Datenschutzes.

Petri hatte eine Pressemitteilung der Stadt beanstandet und von einem „erheblichen Verstoß“ gesprochen. In der Pressemitteilung der Stadt waren unter der Überschrift „Jubiläum“ die Namen dreier Neumarkter Bürger genannt, die für den überwiegenden Teil von Beschwerden an die Kommunalaufsicht verantwortlich seien.

Während der Datenschutzbeauftragte weder den Namen der Stadt noch der Betroffenen nannte, berichtete die MZ darüber, dass es sich bei der gerügten Gemeinde um die Stadt Neumarkt handelt und nannte dabei auch die Namen der drei Personen. „Damit wiederholte sie den Datenschutzverstoß“, schreibt der Presserat

heute in einer aktuellen Pressemitteilung. „Der Beschwerdeausschuss sah darin eine schwere Verletzung des redaktionellen Datenschutzes nach Ziffer 8 des Pressekodex.“

Am Freitag war der gerügte Bericht nach wie vor unverändert auf der Internetseite der Mittelbayerischen Zeitung abrufbar.

Insgesamt wurden in den drei Beschwerdeausschüssen an drei Tagen 121 Beschwerden behandelt. Die Ergebnisse: sechs öffentliche Rügen, zwei nicht-öffentliche Rügen, zehn Missbilligungen, 16 Hinweise. 54 Beschwerden wurden als unbegründet erachtet. In sechs Fällen wurden die Beschwerden als begründet angesehen, auf eine Maß-

nahme wurde jedoch verzichtet. Fünf der acht Rügen betrafen Ausgaben der BILD.

*Stefan Aigner,  
15.03.13*

### Impressum

regensburg-digital.de  
Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Stefan Aigner  
Maierhoferstraße 1  
93047 Regensburg  
tel 0941/ 599 987 09  
mobil 0179/ 130 88 47  
fax 0941/ 586 126 39

Autoren/ Fotografen für diese Ausgabe: David Liese, Mathias Roth, Günther Staudinger

e-mail: info@regensburg-digital.de  
www.regensburg-digital.de